

Einzelpreis 70 Heller.
Redaktion und
Verwaltung:
Josef H. Pavlik
1880 n. m. 82.
Telefon 6795,
nachts 6797.
Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Prag.
Postfachamt 57544.
Inserate werden laut
Zarif billigt berechnet.
Bei öfteren Einschalt-
ungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen
Bei Zustellung ins
Haus oder bei Bezug
durch die Post
monatlich . . . 16.— Kz,
vierteljährlich 48.— Kz,
halbjährig . . . 96.— Kz,
jährlich . . . 192.— Kz.
Für Deutschösterreich
monatlich 4.— Sk, für
Deutschland 10.— Mk.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

1. Jahrgang.

Samstag, 31. Dezember 1921.

Nr. 103.

Der Hunger in Rußland.

Don Zeit zu Zeit dringt aus den Hungergebieten Rußlands, über unermessliche Steppen hinüber, Nachricht von den fürchterlichen Folgen der Dürre, von denen diese Gebiete heimgegriffen wurden. So knapp und verhältnismäßig selten diese Nachrichten fließen, sie lassen jedem fühlenden Menschen das Blut in den Adern erstarren. Und doch: wie wenig weiß die Welt außerhalb jenes Teiles von Rußland von all den entsetzlichen Greueln, die sich dort täglich und stündlich abspielen. Ist nicht schon der Gedanke erschütternd, daß sich inmitten von Europa, da sich in den Großstädten glänzender Luxus entfaltet, weite Länderstrecken befinden, schier unzugänglich von der übrigen Welt abgeschlossen, auf denen Millionen Menschen Qualen grenzenlosen Hungers leiden, Tausende und Aber-tausende von Seuchen befallen und ohne genügende Hilfe wie Fliegen dahinstarben! Wie aufwühlend wirkt erst die Darstellung dieses grauenhaften Elends, wenn Schilderungen Einzelheiten des ungeheueren Jammers dieser Menschenmassen veranschaulichen. Gewöhnlich spricht man nur von der Hungersnot im Wolgagebiet, doch sind in Wahrheit weit größere Teile Sowjetrußlands in Mitleidenschaft gezogen, so die Gouvernements Nowgorod, Jekaterinenburg, Perm, Pensa, Don, der nördliche Kaukasus und ein Teil der Ukraine. Von den 89,137.000 Einwohnern des europäischen und asiatischen Rußlands leiden 25,889.000 Menschen und wenn man das Hungergebiet der Ukraine hinzurechnet, so gibt es unter einer Gesamtbevölkerung von 114,742.000 nicht weniger als 37,210.000 Hungernde, was so viel bedeutet, als daß 33 Prozent der Bevölkerung von der Hungersnot betroffen erscheinen. Ungleich stärker aber noch als diese Zahlen wirken Schlaglichter auf Einzelheiten dieses Kolossalgemäldes des Hunger-elends.

Eben jetzt gibt der Korrespondent Sir Philip Gibbs im „Daily Chronicle“ die Eindrücke wieder, die er auf einer Reise durch das Hungergebiet gewonnen hat. Er schildert die verzweifelte Lage der vielen Millionen Menschen, deren Leiden nunmehr durch den strengen russischen Winter verschärft werden und denen der sichere Tod bevorsteht; die Surrogate werden immer kärglicher, der Weg zur Flucht ist denjenigen, die in den Steppen leben, abgeschnitten, denn wie sollten sie, matt und halbverhungert, die weiten, schneebedeckten Ebenen 300 Meilen weit durchwandern, wo hungrige Wölfe ihnen aufauern, Banditen sie überfallen? Er erzählt weiter von den Qualen der Flüchtlinge, die in Lumpen gehüllt, vor Kälte zitternd, in Massen unter freiem Himmel übernachten oder in endlosen Zügen die Strecken durchziehen, die in die unbekannte Fremde, nach Sibirien, nach dem Norden, nach Turkestan führen. Ein Bild aber sei allerorts am ergreifendsten — das der von ihren Eltern verlassenen Kinder. Er schreibt: „In Samara, in Saratow, in Kasan und in Simbirsk, überall haben die Eltern ihre Kleinen verlassen, weil sie nicht mehr ernähren können. Im Kreise Ufa allein sind 22.000 obdachlose Kinder, in Samara — 28.000... Viele hatten bloß ein zerrissenes Hemd an, waren vor Kälte ganz zusammengezogen und sahen mit ihren winzigen grauen Greisengesichtern, wehen, starren Augen und krallenartigen Händchen kleinen Affen ähnlich.“ Gibbs schließt: „Das sind nur einige geringe Bilder von dem, was

Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks in Deutschland.

Die Eisenbahner Groß-Berlins vor dem Streik.

Berlin, 30. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“.) Die Streikwelle im Eisenbahnverkehr hat nun auch Berlin erreicht und wenn in letzter Stunde keine Verständigung erfolgt, wird sie sich mit aller Macht über die Reichshauptstadt und ihre Umgebung ergießen. Gestern abends tagte eine Funktorenversammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes für Groß-Berlin. Sie erklärte sich einstimmig für den Streik, doch wollen die leitenden Körperschaften der Organisation noch über die Einzelheiten beschließen. Von den Rednern wurde hervorgehoben, daß man sich mit dem im Rheinland und den angrenzenden Landesteilen streikenden Kameraden solidarisch erklären müsse. Im Laufe des heutigen Tages ist der Streikbeschuß schon teilweise durchgeführt worden. Es wird erwartet, daß bis heute abend der Eisenbahnverkehr in Groß-Berlin still liegen wird und daß sich die Angehörigen der angrenzenden Gewerkschaften am Ausstande beteiligen werden. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner wird sich wahrscheinlich dem Streik anschließen. Heute nachmittags wurde die Eisenbahnerorganisation zu neuen Verhandlungen ins Reichsministerium geladen. Wenn die Regierung den beim Eisenbahnerpersonal vorhandenen Willen zur Verständigung zum Durchbruch verhilft, dürften die Verhandlungen nicht ergebnislos verlaufen. Die Situation ist augenblicklich sehr ernst, im Westen verkehren wenig Züge, der Güterverkehr stockt vollkommen. Heute nachmittags hat in Köln eine Konferenz stattgefunden zwischen der hohen interalliierten Kommission, der deutschen Regierungsbehörde und dem deutschen Eisenbahnerverband, die sich mit der Situation im Eisenbahnstreik beschäftigen soll. Es sollen Mittel gesucht werden, die auf Beilegung des Streikes hinzielen. Inzwischen haben auch die Hamburger Eisenbahner beschlossen, ein Ultimatum an die Regie-

ich dort gesehen. Sie genühten, um mir eine schwache Vorstellung von dem Hunger in Rußland zu geben. Sie sind aber, leider! nicht genügend, um die Einbildungskraft der überfatten Völker aufzurütteln, welche von dieser Stätte des Elends meilenweit entfernt leben und nicht mit mir gesehen haben, wie diese tüchtigen, freundlichen, einfachen und offenen blickenden Bauern weinend ihre leeren Töpfe oder den Unrat, den sie essen, oder ihre sterbenden Kinder zeigten. Ich werde versuchen, weitere Schilderungen zu bringen, aber mir stehen eben nur Worte zur Verfügung, und diese haben nicht die Kraft, das Herz der Menschheit aus seiner satten und verruchten Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal von Millionen Menschen herauszureißen. Auch ist die Not größer, als daß private Hilfe hier ausreichte. Selbst das bewunderungswürdige Hilfswerk der amerikanischen Organisation, der umfassendsten aller Organisationen, kann nur einen ganz geringen Teil des Elends lindern. Wenn nicht die Großmächte unverzüglich, unter Beiseitlassung jeglicher Politik, in größtem Maßstabe um der Menschlichkeit willen hier eingreifen, ist der Tod dieser Hunderte und Tausende von Bauern unausbleiblich. Und Westeuropa wird zur Strafe dafür mit Pestilenz geschlagen werden, und es wird das verdient haben.“

In den letzten Tagen wurde aus Moskau berichtet, daß auf dem allrussischen Sowjetkongress ein Fall aus dem hungerleidenden Gebiet genannt wurde, wo Menschenfleisch als Nahrung diente. Erscheint es notwendig, die Schilderung der Hungergreuel fortzusetzen? Und doch wird, man darf überzeugt sein, der Appell

zung zu stellen. Der Vorstand des Eisenbahnerverbandes gibt eine längere Darstellung über die Ursachen der Eisenbahnerbewegung. Es ergibt sich daraus, daß die Erregung durch das Betragen der Regierung allmählich genährt worden ist, sodas der Streik schließlich unvermeidlich wurde. Selten hat es eine Gruppe von Unternehmern verstanden, einen Streik mit so großem Geschick zu provozieren, wie in diesem Falle die Reichsregierung.

Berlin, 30. Dezember. Die Bewegung der Eisenbahner nimmt einen scharfen Charakter an, die Regierung tritt noch sehr energisch auf. Gestern haben im Reichsverkehrsministerium keinerlei Verhandlungen mit den Streikenden Eisenbahner stattgefunden, da man dort nach wie vor den Standpunkt vertritt, daß die Teilstreik der Eisenbahner in Westdeutschland einen Tarifbruch bedeutet. Das Reichsverkehrsministerium wird versuchen, einen wenn auch beschränkten Personenverkehr mit den vom Streik betroffenen Bezirken einzurichten. Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner hat gestern in einer Vorstandssitzung in Berlin beschlossen, eine abwartende Haltung einzunehmen und drei Vorstandsmitglieder nach den Bezirken Köln, Oberfeld und Essen beordert, um Informationen einzuziehen und dahin zu wirken, daß die Beamenschaft sich an dem Streik nicht beteilige. Auch aus Dresden melden die Blätter, daß die Dresdener Eisenbahnwerkstättenarbeiter nach stürmischer Aussprache den Streik abgelehnt haben, aber in einem großen Teile der Arbeiterschaft herrscht starke Stimmung für den Streik. Besonders schwer wiegt es, daß sich die Bewegung auch auf Berlin ausdehnt. Wie der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ melden, hat gestern abends eine Funktorenversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes des Gebietes Groß-Berlin sich einstimmig für den Streik erklärt.

des Berichterstatters des „Daily Chronicle“ an die Großmächte ebenso wirkungslos verhallen, wie alle bisherigen Hilfsrufe, die aus dem hungernden Rußland an das Ohr der Mächtigen der Welt herüberklangen. Die Gruppe von Männern, denen der Verlauf des Weltkrieges das Schicksal der Menschheit in die Hand gespielt hat, die mit Völkern wie mit Schachfiguren spielen und nach Belieben die Weltkarte gewaltsam umformen, sind von sentimentalen Regungen wahrlich nicht angekränkt und da eine Hilfe für das hungernde Rußland keine Stelle in ihren kalten Berechnungen einnimmt, rührt sie das erbarmungswürdige Schicksal der Millionen dem Hungertode geweihter Menschen nicht im geringsten. Ihr Ziel ist der Zusammenbruch der Herrschaft der Bolschewiken und daß die Hungersnot diesen Zusammenbruch zu beschleunigen verspricht, ist ihnen gerade recht.

Wohl war das Experiment der Bolschewiken, in dem ökonomisch unentwickelten, von rückständigen Bauern bewohnten Lande den Sozialismus über Nacht verwirklichen zu wollen, ein grenzenlos törichtes Beginnen, dessen Mißlingen vorausgesehen werden konnte. Aber in dem unglücklichen Lande leiden Millionen Unschuldiger, vor allem Menschen, und welcher gerecht Denkende und menschlich Fühlende vermag da nicht einzusehen, daß es Pflicht der gesamten Kultur-menschheit ist, dem vom Hunger gepeinigten Teile des russischen Volkes zu Hilfe zu eilen! In der Tat muß die Rettung des hungernden Rußland als ein Werk der gesamten Kulturwelt in Angriff genommen werden!

Kommunistische Wählerarbeit in den Gewerkschaften.

Das kommunistische Schlagwort, daß die Gewerkschaften „revolutioniert“ werden müssen, ist so abgebraucht, daß es keinerlei Wirkung mehr ausübt. Für die sozialdemokratische Partei war es nie zweifelhaft, daß es eine ihrer vornehmsten Aufgaben ist, jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die vorläufig nur durch ihre Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation den Zusammenhang mit der modernen Arbeiterbewegung gefunden haben, auch zu überzeugten Sozialdemokraten, zu Mitstreitern im politischen Klassenkampf zu machen. Während zur Mitgliedschaft in der gewerkschaftlichen Organisation das primitivste Solidaritätsgefühl der in einem Betriebe Beschäftigten treibt, der Wert und die Erfolge der Gewerkschaften, zählbar, messbar, förmlich handgreiflich sind, ist die Grundlage der Parteimitgliedschaft doch eine politische Überzeugung, Gefinnung und Weltanschauung. Sofern man die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder zur Partei als eine revolutionäre Handlung ansprechen will, sind wir, seit es gewerkschaftliche Organisationen gibt, am Werke, die Gewerkschaften zu revolutionieren. Die Kommunisten meinten aber unter ihrem „Revolutionieren“, es dazu zu bringen, daß über die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter nicht diese selbst durch ihre Organe der Gewerkschaft entscheiden, sondern daß irgend ein revolutionärer „Wille“ am Rassehaufstich in Reichenberg ausgeheckt wird, dem sich dann die Arbeiter zu fügen hätten. Die Gewerkschaften sollten dem Gebote der kommunistischen Partei unterstellt werden, so wie sie dem Mosauer Diktat überantwortet ist. Diese Versuchung haben nun in allen Berufen die Arbeiter kategorisch zurückgewiesen, mit dem „Revolutionieren“ ist es also — Effig geworden. Zur Erfolglosigkeit der kommunistischen Propaganda auf gewerkschaftlichem Gebiete haben freilich auch die für diese Arbeit berufenen — man verzeihe das harte Wort! — „Führer“ nicht wenig beigetragen. Ein ganz unwissender, dummer Schreihals, der selbst für jede kommunistische Parteistellung zu dumm ist, wurde ins Austragsstüberl als roter Gewerkschafts-general gesetzt, ihm zur Seite wirkt ein wohl gebildeter aber feiger Schleichler, der vor lauter Klugheit von einer Niederlage zur anderen tappt.

Nun sind die deutschen Kommunisten keineswegs so geartet, daß sie zugeben könnten, sie seien auf dem falschen Wege. Sie fatten lautes um, indem sie nicht mehr das „Revolutionieren“ der Gewerkschaften als ihre Aufgabe betrachten, sondern jetzt sind sie daran, den internationalen Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisationen „durchzuführen“. Sind eben tüchtige Kerle! Kaum daß sie sich die Semdarmel zugeknöpft haben, weil vorläufig ihre große Klugheit zur Führung der Weltrevolution, in der Form wie sie die falschen russischen Propheten gelehrt und die unwissenden Gläubigen im Lande geglaubt hatten, nicht gebraucht wird, beginnen sie schon wieder eine andere für die Arbeiterschaft „segenreiche“ Tätigkeit, sie machen gewerkschaftliche Internationale. Dabei vergessen sie freilich, daß nun ihr Wort anders gewertet wird, als etwa vor einem Jahre. Damals waren ihre Reden für mindergeschulte, temperamentsvolle Arbeiter hoffnungsvolle Versprechungen, abermals standen sie als tapfere Kämpfer in Wehr und Waffen in der Öffentlichkeit. Heute kennt sie jeder Arbeiter als hohle Schwäger, die nur Schaden gestiftet haben und die unter ihrer Hülle ihr kraftloses klappriges Skelett schwer verbergen.

Die „Revolutionierung“ der Gewerkschaften war beileibe nicht die „Idee“ der deutschen Kommunisten in der tschechoslowakischen Republik, sondern Mosauer Kommando und wenn sie jetzt den Beitritt der deutschen Arbeiter zu den tschechischen Gewerkschaften predigen und dies als im Interesse eines internationalen Zusammenschlusses des Proletariats ausgehen, so handelt sie im Auftrage der tschechischen

Kommunisten. Die Kommunisten sind auf ihre internationale „Einigung“ nicht wenig stolz. Sie besteht zunächst darin, daß einige tausend deutsche Arbeiter programmatisch darauf verzichten, zu fordern, daß in diesem Staate die nationale Ordnung geschaffen werden muß. Es genügt vorläufig dem tschechischen Imperialismus und Nationalismus, daß Schmeral auch deutsche Arbeiter dafür gewonnen hat, daß sie sich um jene Probleme, durch deren Auflösung dieser Staat von Grund aus umgeformt werden mußte, nicht kümmern, welche Opportunität gegenüber dem Staat vor den deutschen Arbeitern als „internationale“ Bestimmung ausgegeben wird. Doch mit diesem Erfolg, dem bisher unerreichten Plus für die tschechische Staatspolitik begnügt sich Schmeral nicht. Was die „reformistischen“ Gewerkschaftsführer, Tayerle, Hampel etc. in drei Jahren nicht zu Stande brachten, das wird nun auf Schmerals Befehl durch die deutschen Kommunisten versucht, die Eingliederung deutscher Arbeiter in die tschechischen Gewerkschaften. Daß auf diese Art eine internationale Gewerkschaftsorganisation möglich wäre, diese Erkenntnis kam den Kommunisten freilich erst in den allerletzten Wochen. Bis zu dieser Zeit waren sie mit der übrigen deutschen Arbeiterkraft darin einig, daß, vom Bestand der deutschen und tschechischen Gewerkschaftsbewegung ausgehend, der Versuch gemacht werden muß, durch eine Periode des Ueberganges, unter voller Wahrung der lokalen und sonstigen Selbstverwaltung — sofern dieses Prinzip nicht mit den Notwendigkeiten der einheitlichen Führung der großen wirtschaftlichen Kämpfe in Widerspruch gerät — zur internationalen Organisation der Gewerkschaften zu gelangen. Daß dies ein Entwicklungsprozeß ist, einige tschechische und deutsche Berufsverbände bereits einträchtig zusammenwirken — siehe u. a. Vergarbeiter! — die Verhandlungen über die Formen des Ueberganges unter Leitung des internationalen Gewerkschaftsbureaus im Gange sind, das alles wissen die Kommunisten genau so gut wie wir. Sie bemühen sich auch gar nicht irgend eine „Theorie“ für ihre merkwürdige Arbeit zu erfinden, sondern es wird einfach bedenkenlos, offenbar aus dem Drange es den Gewerkschaften, die sich von ihnen nicht „revolutionieren“ ließen, doch jetzt auf eine andere Art zu zeigen, darauf los agitiert. Dabei leben sich besonders die kleinen kommunistischen Götter kräftig aus. Bei der jetzigen Wählerarbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften handelt es sich nicht um den Streit von Ideen, sondern nur um blinde Zerstörungswut, die sich an den mächtigen Gewerkschaftsorganisationen des deutschen Proletariats austoben will. Die deutsche Arbeiterkraft, erzogen im Geiste der modernen Gewerkschaftsbewegung, kennt genau die schwierigen Bedingungen des internationalen Klassenkampfes auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik. Sie arbeitet am internationalen Zusammenschluß der gewerkschaftlichen Organisationen emsig und planvoll, sie wird ihn zu Stande bringen, weil sie ihn haben muß.

In diese überaus komplizierte Aufbautätigkeit versuchen die Kommunisten störend einzugreifen. Wir sind überzeugt, mit wenigem Erfolg. Vielleicht fallen ihnen einige hundert Arbeiter zum Opfer — die deutsch gelben Maskeier lauern schon auf die Beute, die ihnen die Kommunisten bereiten. Es kann sein, daß die traurige Erfahrung, daß die kommunistischen Marodeure auf gewerkschaftlichem Gebiete genau so dumm und frivol mit Einzelgeschicklichen und mit dem Schicksal der gesamten Arbeiterklasse spielen, wie im politischen Kampfe, auch noch durchgemacht werden muß. Unsere Aufgabe ist es und wird es sein, dafür zu wirken, daß die Massen der deutschen Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Verbänden fest gestiegen und geeint beisammen bleiben, der Klassenkampf, trotz der Störungsversuche durch die unfreiwilligen Fabrikantenbündel, erfolgreich weitergeführt wird. Schmeral und Knirsch hoffen vergeblich! Unsere Gewerkschaften sind ein granitener Fels!

Giftgaskultur.

Zur selben Zeit, als die Vertreter der großen Staaten der Welt in Washington über das Problem der Ausrüstung, richtiger ausgedrückt über die Frage der Verbilligung der Rüstungen berieten, besuchte ein Vertreter des „Manchester Guardian“ eine der größten Giftgasfabriken der Welt in Edgewood in Amerika. Er veröffentlicht nun in seinem Blatt folgende Schilderung:

Vor dem Beginn der Konferenzdebatten über die Verwendung von Giftgasen nahm ich gestern die freundliche Einladung von Offizieren an, die amerikanischen Giftgasfabriken in Edgewood zu besuchen. Edgewood ist eine halbe Stunde von Baltimore

Der italienisch-südslawische Konflikt.

Ein Ultimatum.

Vor einigen Tagen begaben sich italienische Matrosen eines im südslawischen Sebenico ankernden Kriegsschiffes ans Land und gerieten mit Einwohnern der Stadt in Streit. Die Matrosen mußten auf das Schiff flüchten und feuerten von dort mit Maschinengewehren auf die Stadt. Daraufhin besetzte südslawisches Militär die wichtigsten Punkte. Nun wird aus Belgrad unter dem 30. Dezember berichtet, daß tags zuvor der italienische Konsul beim Statthalter von Dalmatien Dr. Metlicic vor sprach und ihm schriftlich folgende italienische Forderungen unterbreitete: 1. Die Zivilbehörden sprechen der italienischen Regierung das Bedauern über die Ereignisse in Sebenico aus. 2. Alle Schuldigen werden streng bestraft. 3. Die jugoslawischen Truppen leisten der italienischen Fahne die Ehrenbezeugung. 4. Die jugoslawische Regierung erläßt ein Manifest an das Volk, in welchem sie öffentlich ihr Bedauern über die Ereignisse in Sebenico kundgibt. Diese italienischen Forderungen, welche im ganzen Königreich eine ungeheure

Erregung und Erbitterung hervorgerufen haben, wurden von der Regierung abgelehnt. Das hier gestellte Ultimatum sieht dem österreichischen Ultimatum vom Juli 1914, das die Brandfackel des Krieges nach Europa geblasen hat, zum Verwechseln ähnlich. Statt alle Kriegursachen zu beseitigen, haben die Friedensschlüsse von 1919 neue Konfliktstoffe, wie eben den italienisch-südslawischen Gegensatz geschaffen.

Die italienischen Schiffe verlassen die südslawischen Häfen.

Spalato, 29. Dezember. (A. B.) Gestern früh haben zwei italienische Torpedoboote den Hafen von Spalato verlassen. Auch im Hafen von Sebenico sind nur zwei italienische Kriegsschiffe verblieben. Eine gestern aus Sebenico eingetroffene Nachricht von der Ankunft des italienischen Dreadnought „Sante Dante Alighieri“ und einer erneuten Beschießung der Küste entspricht nicht den Tatsachen. Italienische Matrosen gehen nicht ans Land.

entfernt. Es handelt sich bei den Anlagen um die größten Giftgasfabriken der Welt.

Die Chemische Sektion für Kriegszwecke (Chemical Warfare Corps) ist eine besondere Abteilung der Armee, wie zum Beispiel die Artillerie. Sie setzt sich aus etwa 2000 Mann, 101 Offizieren und 1200 Zivilangestellten zusammen. Außerdem kommen 100 erfahrene Chemiker in Betracht, welchen alle Erfindungen bezichtigt werden, wobei sich jedoch die Regierung das Recht vorbehält, diese Erfindungen für sich zu erwerben. Das Kriegsamt bezahlt für die Anlagen 1.200.000 Dollars aus dem Militäretat, welcher sich, wenn ich recht unterrichtet bin, auf etwa 400.000.000 Dollars beläuft. Die Werke, welche kurz vor dem Waffenstillstand auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit anlangten, waren damals in der Lage, täglich 200 Tonnen Giftgase herzustellen. Sie arbeiten nun in viel kleinerem Rahmen, bleiben jedoch in voller Bereitschaft.

Erfindungen für die Offensive und Defensiv.

Die Abteilungen für Verteidigung und Angriff arbeiten immer gegeneinander. Jedem Fortschritt in der Giftgastechnik folgt womöglich die Erfindung von Schutzmitteln wie zum Beispiel neuer Maskenvorrichtungen zur Verhinderung des Erstickungstodes oder undurchdringlicher Ueberzüge zur Verhinderung des Todes durch Verbrennung. Auf der französischen Front konnten unsere Masken in sechs Sekunden aufgesetzt werden; nun ist man in Edgewood soweit gekommen, daß man sie in drei Sekunden aufsetzen kann, das heißt durch eine einzige Bewegung, ohne sie zu binden. Es bestehen bemerkenswerte Erfindungen zur Verhütung der Trübung der Augensläser der Masken. Ferner sind die Gläser so hergestellt, daß sie beim Brechen nie splintern. Große Verbesserungen wurden in der Atmungsrohre und dem Zylinder angebracht.

Chlor, das aus gewöhnlichem Tafelsalz hergestellt wird, ist das Grundelement aller giftigen Gase, mit Ausnahme vielleicht des Lewisits. Das Salz wird in gewaltigen Häffern aufgelöst, wie man sie in Eisen gießereien braucht. Es werden viele Gasarten hergestellt. Das Gas, welches am schnellsten zum Erstickungstode führt und am wirksamsten ist, wird Phosgen genannt. Senfgas verbrennen das Fleisch und dringen durch jeden Stoff, was bereits während des Krieges festgestellt wurde. Chloroform bewirkt hartes Erbrechen. Die Opfer sind hilflos, bis der Feind kommt, der sie tötet. Nachdrehmator-Gase erzeugen Ströme von Tränen, was ich selbst feststellte, als ich mich der Fabrik näherte. Das riecht eher süßlich. Die Wirkung ist jedoch nicht lebensgefährlich.

Lewisit brennt wie Senfgas, ist aber viel wirksamer. Es breitet sich langsam aus, nicht wie Phosgen, welches gegen seiner Eigenschaft der schnellen Verbreitung in Bombenangriffen aus Flugzeugen bevorzugt wird. Denn der Wind treibt das Phosgen schnell fort und verbreitet es auf große Distanzen, alles erstickend. Lewisit kann mit Flugzeugen über Städten ausgegossen werden, wie mit Spritzen. Es ist sehr wirksam im Anzünden von Kleibern, im Verbrennen von Haut und Fleisch. Es trifft alle, Zivilisten und Soldaten. Es ist schwer, die Ausdehnung des Gebietes zu schätzen, welches von solchen Angriffen betroffen werden könnte. Wenn jedoch das Gas geschickt verwendet wird, könnte sicher die Bevölkerung einer Stadt in kurzer Zeit vernichtet werden. Es werden nun Bomben mit einem Gewicht von 4300 Pfund hergestellt; jede dieser Bomben enthält eine Tonne des stärksten Explosivstoffes oder bei geringerem Gewicht die gleiche Menge erstickende oder brennende Gase. Große Flugzeuge, von denen jedes mehrere Bomben oder Spritzmaschinen mitführen kann, können

wenn ihnen kein Widerstand geleistet wird — leicht große Städte zerstören und allmählich die gesamte Menschheit ausrotten, so daß die Geburtenkontrolle überflüssig wird.

Der Schrecken des nächsten Krieges.

In den Gebäuden der Anlagen von Edgewood befindet sich u. a. auch ein sehr interessantes Museum, in welchem die Entwicklung in den verschiedenen chemischen Zerstörungsverfahren und den Versuchen gezeigt wird, die unternommen werden, um dieselben unwirksam zu machen. Die ganze Fabrik ist ein Beweis für die Giftschafferei unserer Zeit in der Menschenschlächterei. Sie ist ein Beweis für die Schrecken des nächsten Krieges. Alle Versuche, der Verwendung verbesserter Zerstörungsinstrumente entgegenzuwirken, waren bis jetzt vergeblich, wie dies die Verhandlungen im Haag und unser Protest gegen die Verwendung von Giftgasen im vergangenen Kriege zeigten. Es hat keinen Zweck, das Erfinden zu verbieten. Es gibt nur ein Mittel: Der Krieg muß unmöglich gemacht werden. Die Erreichung dieses Zieles kann vielleicht gefördert werden, wenn der Schrecken der Zurückgebliebenen vergrößert wird, das heißt der älteren Männer und Frauen, die im Falle eines Krieges nun nicht nur ihre Söhne, sondern auch sich selbst opfern müssen.

Man hoffte einmal, die Giftgase gegen „Gopher“ (ein in Amerika vorkommendes Nagetier), die Prärie-Eichhörnchen oder die australischen Kaninchen verwenden zu können. Doch es stellte sich heraus, daß das Gras mit den Tieren vernichtet wurde; auch war die Methode zu kostspielig zur Massenausrottung von Tieren. Sie lohnt sich höchstens für Menschen. Sinegen hat sich das Verfahren bewährt, am Eingang der Löcher, die zu den unterirdischen Gängen der Tiere führen, geringe Quantitäten von Gas einzuführen.

Ich weiß nun, daß Lewisit, welches von Newlands an der Katholischen Universität in Washington erfunden und von Professor Lee Lewis von der „North Western University“ verbessert wurde, aus Äthylen mit einer Lösung von Arsen-Trichlorid besteht. Es soll jede Wunde durchdringen und durch das Fleisch oder in die Lungen dringen, so daß das Opfer äußerlich und innerlich verbrannt wird. Man betrachtet es als Hauptverteidigungs- und Angriffsmittel zukünftiger Kriege. Zur Zeit des Waffenstillstandes wurde es im Quantum von 10 Tonnen per Tag produziert.

Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ hat recht: „Der Krieg muß unmöglich gemacht werden!“ Das Bild eines künftigen Krieges, das sich aus dieser Darstellung in seiner ganzen Furchtbarkeit erhebt, ist so ungeheuerlich und unaussprechbar, daß es den Willen zur Bekämpfung jedweden neuen Krieges bei der Arbeiterschaft der ganzen Welt zum unüberwindlichen Widerstande stärken muß. Und nicht allein die Giftgaskultur der Gegenwart muß leidenschaftlich bekämpft werden, auch der Kapitalismus, auf dessen Boden solch furchtbare Blüten entsprossen!

Inland.

Sanktionierung des Gesetzes über die Staatsangestellten. Gestern vormittags unterschrieb Präsident Masaryk das am 1. März 1922 in Gültigkeit tretende Gesetz über die Verlängerung der bisherigen Bezüge der Staatsbeamten für das kommende Jahr mit den Abzügen zugunsten der Pensionsversicherung und mit den teilweisen Vorschriften der Einkommensteuer und die gesetzgebende Bestimmung über die Lehrergehälter. Mit der Sanktionierung des unsozialen Gesetzes ist natürlich nicht das letzte Wort gesprochen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse,

die Elendlage der Staatsangestellten und Lehrer sind eben noch stärker als die Sanktion des Herrn Präsidenten. Außerdem wurden sanktioniert: das Gesetz über den Mieterschutz, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und das Gesetz über die Verlängerung der bisherigen Einnahmen der Staatsangestellten für das künftige Jahr mit den Abzügen zugunsten der Pensionsversicherung und mit dem teilweisen Erlass der Personaleinkommensteuer, das am 1. März 1922 in Kraft tritt, sowie die gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrergehälter. Nur das Gesetz, durch das die Veröffentlichung der Gesetze und Verordnungen der Tschechoslowakischen Republik geregelt wird, wurde bisher nicht sanktioniert; es dürfte beiden Kammern zur neuerlichen Verhandlung zurückgestellt werden.

Schmerals nächste Aufgabe ist Vertrauen zu erwecken. Schmeral brachte der kommunistischen Arbeiterschaft als Weihnachtsgruß im Reichenberger „Vorwärts“ einen Artikel, der nun in der ganzen kommunistischen Presse abgedruckt wird und dem wir unsere Aufmerksamkeit nicht versagen wollen. Nachdem der kommunistische Phrasenschwall zusammengebrochen ist, suchen die Kommunisten „neue Ziele“. Und welche sind dies? Sie werden gegen die Herabsetzung der Löhne und für die Anerkennung Sowjetrußlands kämpfen. Wir fragen Herrn Kreibitz, der einer der Hauptschuldigen an der Zerspaltung unserer Partei ist, ob die beiden Schmeralschen Hauptziele nicht auch Ziele unserer Partei schon vor Jahren waren? Und fragen weiterhin, ob der Versuch der Zerspaltung unserer Partei bonndoten war, wenn die kommunistische Partei als ihre nächsten Ziele nichts anderes mehr aufzustellen weiß, was wir schon seit jeher verfochten haben und was übrigens heute selbstverständlich Pflicht jeder wirklich sozialistischen Arbeiterpartei ist. Aber noch etwas scheint die „nächste Aufgabe“ zu sein: Vertrauen erwecken. Er schreibt:

„Eine unserer wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit wird es sein, als kommunistische Partei in ein Verhältnis größter Herzlichkeit und vollkommensten Vertrauens zu den Massen der bisher indifferenten, politisch noch unerschlossenen armen Leute zu gelangen. Dabei haben wir nicht nur die politisch überhaupt nicht organisierten Arbeiter im Sinne, sondern auch diejenigen, die sich zwar in den Organisationen der übrigen politischen Parteien befinden, deren organisatorische Zugehörigkeit zu ihnen aber nur eine mehr formale ist, ohne einer tiefen inneren Ueberzeugung zu entsprechen. Wir müssen unser Vorgehen so einrichten, daß diese politisch noch nicht feste und noch nicht definitiv entschlossene Masse immer mehr Sympathie zum Kommunismus fühle. Im Rahmen der Partei wollen wir den bewußtesten Teil der Arbeiter vereinigen.“

Eine der wichtigsten Aufgaben Schmerals, Kreibitz samt Anhang wird es also sein, in ein Verhältnis „größter Herzlichkeit“ und „vollkommensten Vertrauens zu den Massen“ zu gelangen. Die wichtigste Aufgabe unserer Genossen wird aber sein, sich der Folgen der von den Kommunisten provozierten Spaltung zu erinnern. Und dann wird es den Kommunistenführern schwer fallen, das Vertrauen, das sich Schmeral wieder erwerben will, zu erschleichen.

Die nationalökonomische Weisheit des Herrn Dr. Raschin verpöthet das „Pravo Lidu“ in folgender Weise: „Der Herr Dr. Raschin hat vor drei Jahren den Staub auf der Straße erpunden. Als er in der Nationalversammlung nach dem Umsturz über die finanziellen Probleme der Republik und über unsere Volkswirtschaft sprach, gab er die Patrole aus: Arbeiten und sparen! Seit dieser Zeit hält er sich für einen großen Mann, schüttelt klug mit dem Kopfe, wenn man von der heutigen Verschuldung der Republik spricht und erinnert jeden daran, den er trifft: „Sehen Sie, ich habe es schon vor drei Jahren gesagt. Man muß arbeiten und sparen, wenn man in fünf Jahren Krieg nicht gearbeitet hat und das Nationalvermögen auf den Schlachtfeldern verschossen wurde.“ Schade, daß Herr Dr. Raschin damals nicht noch andere Wahrheiten vorgetragen hat, wie zum Beispiel, daß es im Winter frieren und im Sommer regnen werde, daß im Herbst die Zwetschken reifen werden und im Mai der halbe Johann von Neponum sein wird. Er hätte auch auf eine Reihe anderer Prophezeiungen stolz sein können und sich rühmen können: „Seht, das alles habe ich gesagt und heute erkennen selbst die Sozialisten, daß man arbeiten muß, heute schreibt selbst das „Pravo Lidu“, daß gespart werden muß, heute würde es niemand wagen, zu leugnen, daß tatsächlich im Herbst — wie ich es prophezeite — die Zwetschken gereift sind und daß im Mai der heilige Johann von Neponum gewesen ist.“

Drei Jahre lang wird niemand in den Staatsdienst aufgenommen werden. Das Abendblatt des „Pravo Lidu“ meldet, daß der Ministerrat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen hat, drei Jahre hindurch, das ist bis zum 31. Dezember 1924 niemanden mehr in den Staatsdienst aufzunehmen, da die Zahl der Staatsangestellten — besonders nach

dem einjährigen Regime des Beamtenkabinetts — unverhältnismäßig hoch ist. Unter der Aufsicht der Mitglieder der Ersparungskommission der Nationalversammlung werden überflüssige Kräfte der einzelnen Ämter dorthin verlegt, wo Mangel an Kräften herrscht, oder wo sich zeitweise ein Mangel zeigte. Ein solcher Mangel herrscht besonders im Justiz- und Steuerdienst. Wenn auch diese Maßregel an sich zu begrüßen ist, so ist doch andererseits zu befürchten, daß ohne strenge geregelte Durchführungsvorschriften eine Willkür besonders hinsichtlich der Verlegungen sich ergeben kann. Denn einen Beamten dorthin zu stellen, wo Mangel an Kräften herrscht, wird oft unheilvolle persönliche Folgen ergeben. Hier spielt die Wohnungsfrage, kurz eine Reihe ökonomischer Bedingungen eine große Rolle. In dieser Hinsicht bedarf wohl die Meldung einer notwendigen Ergänzung.

Was ist mit der Durchführungsverordnung zum Betriebsrätegesetz? Trotzdem das Betriebsrätegesetz morgen in Geltung treten soll, ist bis heute noch nicht die Durchführungsverordnung zu diesem Gesetze herausgegeben worden. Es ist dies eine in Rechtsstaaten ungewohnte Rechtsübung, bei uns jedoch, wo man sich so sehr mit dem Entschleunigen beschäftigt — wobei solche standalöse Rechtszustände in Oesterreich nie eingerissen waren — hat man scheinbar zur Verfassung der Durchführungsverordnungen keine Zeit.

Der Gouverneur von Karpathenland. Die „Nat. Pol.“ schreibt: Nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Dr. Benesch von seiner Inlandsreise kommt es zur Besetzung des Gouverneurpostens von Karpathenland. Unter den Kandidaten tritt in den letzten Tagen der bisherige Vertreter des Außenministers der Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. Girsa in den Vordergrund. Vor dem Kriege lebte Girsa ständig in Russland und kennt daher die Verhältnisse des russischen Volkes und auch seine Sittenart. — Dr. Girsa war auch Organisator der staatlichen Hilfsaktion für Sowjetrußland.

Ausland.

Schon wieder ausgeschlossene Kommunisten.

Wie die „Rote Fahne“ mitteilt, wurde der bisherige Generalsekretär der kommunistischen Partei in Frankreich, der noch bei den letzten Stadtwahlen in Berlin von den Kommunisten an die Spitze ihrer Stadtkomitee gestellt wurde, seiner Funktion als Zentralratsmitglied entzogen. Ebenso wurden Dr. A. H. und M. A. H. A. H., die gemeinsam mit Frankreich einen Aufruf unterzeichnet haben, ihrer Parteifunktionen entzogen.

Horthybaluta.

Herr Horthy macht nichts umsonst. Die schlechte Baluta seines Landes verlangt es so. Also verkauft er auch seine Gnaden. Wenn nicht um bares Geld, so doch um Vorteile, die Magyaren Gewinn einzubringen verheißt. In den letzten Tagen brüstierte er sich mit der Amnestie, welche internierten Arbeitern gewährt werden soll, sprach etwas von einem „neuen Kurs“ und von der Einreihung Ungarns unter die „westlichen Kulturnationen“. Der Preis wurde nicht verlaublich. Nun aber erfährt man ihn: Die sozialdemokratische Partei verbürgt sich danach für das Wohlverhalten der aus der Internierung zu Entlassenden, d. h. sie will dafür sorgen, daß die Bedingtesten fortan den Mund halten und selbst nicht wieder der gleichen Mundsperr-

bestehenden müssen. Ferner verpflichten sich die „Arbeiterführer“, all ihre auswärtigen Beziehungen spielen zu lassen, um eine Ermäßigung der ungarischen Reparationsverpflichtungen durchzusetzen und um den selbstbestimmten Ruf Ungarns in der Welt zu verbessern. An den blauen Dunstwolken, die ein falsches Ungarn vorzuziehen bestimmt sind, werden also Karl Payer und Genossen als aktive Arrangements mitbeteiligt sein und sie werden versuchen, den sozialistischen Nachrichtenapparat in den Dienst Horthys zu stellen. Natürlich wird ihnen die Arbeiterpresse nicht auf den Leim gehen, aber darum verliert die schmutzige Münze, mit welcher Horthy Dienste zahlt und sich Dienste bezahlen läßt, um nichts weniger die Aufmerksamkeit reinlicherer Mitmenschen.

Tages-Neuigkeiten.

Eine tschechische lex Heinze? Der katholischen Jugend der Republik droht große Gefahr. Das Jügend der „Pravdy Becernil“ und deshalb schrieb er gestern einen Leitartikel „gegen die öffentliche Sittenlosigkeit“. Grund für seinen Protest geben vor allem die Umschlagszeichnungen, auf Büchern. Natürlich sind es die nackten Frauenbildnisse in den Geschichtsbüchern, die „eine Entwürdigung der Frau bedeuten“ und die von der Jugend, offenbar der katholischen, an die sich der Leitartikel wendet, mit offenen Augen gierig angestarrt werden. Vor der nackten Frau im Bilde muß die katholische Jugend bewahrt werden. Denn sie ist — so erklärt der „Pravdy Becernil“ — die Vorkämpferin für die Gesundung des Volkes und ihre Gesundung erfolgt also durch die Ausmerzungen des nackten Frauenbildnisses. — Wenn gegen die Schundliteratur mit ihren Umschlagszeichnungen, wenn gegen die fürchterlichen Bilder auf Ansichtskarten, gegen frivole Aufschriften, die nur ein Lockmittel zum Kauf eines Buches bedeuten, angeknüpft wird, so ist wahrlich dagegen nichts einzuwenden. Aber es kommt darauf an, von welcher Seite der Kampf einsetzt und mit welchen Mitteln man dabei arbeitet. Der Merkmalismus hat immer eine Scheu vor dem Nackten in der Kunst besessen, wenn dieses Nackte öffentlich zur Schau gestellt war. Aber in der camera obscura seiner Vertreter sah man es schon zur Zeit der Herrschaft des Papsttums anders. Denn gerade bei den Vertretern der Kirche sind schon seit mittelalterlichen Zeiten her „kulturgeschichtliche“ Dokumente pornographischen Inhalts nicht eben unbeliebt gewesen. Aber — das Volk muß belogen werden. Denn die Religion mußte mit ihrer Verlogenheit auch in der Kunst konsequent bleiben und diese Merkmal-Verlogenheit hat ja biblischen Sinn: die Legende von der Erbsünde kann vor allem auch auf solche Weise erhalten werden. Wenn dieses Märchen fällt — und die reine Sinnlichkeit in der Kunst kann auch eine Enttötung des Märchens bringen, — dann droht der Kirche Gefahr. Deshalb ist es mehr als bedenklich, wenn die Merkmalen den Kampf gegen das nackte Frauenbildnis aufnehmen. Andererseits ist wohl hier nicht der Hebel anzusetzen, wenn man an die Gesundung des Volkes, und sei es auch nur seines katholischen Teiles, schreiten will. Eine tschechische lex Heinze wird uns nicht vor der Degeneration der Jugend bewahren. Sicher auch nicht ein bewußtes Betonen von Bisantinerien oder Frivolitäten. Aber Ehrlichkeit, Wahrheit auch im Erotischen — die muß der Jugend gegeben wer-

den, auch der katholischen und dann wird sie nicht mehr mit offenen Augen gierig auf Bilder der nackten Frauen gestalten starren.

Großprag. Am 1. Jänner werden alle Schulen und andere öffentlichen Gebäude Prag und seiner Vorstädte die Staatsflagge hissen. Prag hat Feiertag: „Großprag.“ Warum ist eigentlich Großprag geschaffen worden? Rag ein zwingender Grund zu dieser Gründung vor? Wahrscheinlich gewinnt die Reichshauptstadt mehr Glanz und Ansehen, wenn ihre Einwohnerzahl auf das dreifache steigt. Jedemfalls mußte es aber jedem Uneingeweihten sonderbar erscheinen, daß große Stadtteile, die organisch mit Prag verwachsen sind, als eigene Städte gelten. Nicht weniger als 30 Gemeinden, die zum Teil sozialistische Majorität haben, gehen am 1. Jänner in Großprag auf. Die Vertretungen aller vereinigten Prager Gemeinden verlieren mit diesem Tage ihre Selbstständigkeit und an ihre Stelle tritt die Zentralverwaltungs-Kommission mit dem Vorsitzenden an der Spitze. Vorsitzender bleibt der bisherige Bürgermeister Dr. Vaxa, sein erster Stellvertreter ist Sektionschef Dr. Ludwig Banek, an Stelle des resignierenden zweiten Stellvertreters Doktor Langer wird ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei ernannt werden. Alle Behörden der Hauptstadt und der angegliederten Gemeinden haben bereits Vorarbeiten erhalten, wie vom 1. Jänner ab zu amtieren sei. Was die einzelnen Zweige und Referate betrifft, tritt vorläufig keine Aenderung ein, weil bei den einzelnen Gemeindebehörden für die erste Zeit des Bestehens von Großprag die bisherige Beamtenschaft geblieben ist, welche neben der lokalen Agenda auch die Agenda von Großprag vorlesen wird. Diese Maßnahme bleibt nur kurze Zeit in Kraft, bevor die Zentralverwaltungs-Kommission definitive Vorschriften über das Amtieren in der Zentrale und in den einzelnen Gemeindeämtern erläßt. Die politische Agenda der Bezirkshauptleute in Weinberge, Ryzow, Korolental und Smichow bleibt vorläufig in den Händen der dortigen politischen Bezirksleitungen, ebenso wie in Prag in den Händen des Magistrats. Aber auch diese Maßnahme ist nur vorübergehender Natur. Sämtliche Beamten und alle Angestellten der vereinigten Gemeinden übergeht in das Eigentum von Großprag und vom 1. Jänner ab können die einzelnen Gemeinden keinerlei Ausgaben ohne Anweisung der Zentralverwaltungs-Kommission bzw. ihres Präsidenten machen. Die bisherigen örtlichen Bürgermeister bleiben in ihren Amtsfunktionen, nur am Altstädter Rathaus wird in den diesbezüglichen Amtsstellen der Präsident und die Vizepräsidenten der Zentralverwaltungs-Kommissionen ihren Sitz haben; der Prager Ortsbürgermeister und seine Stellvertreter werden im neuen Prager Rathaus Lokalitäten angewiesen erhalten.

Angst vor der Leichenverbrennung. Ein Artikel Velich schrieb in der „Narodni Politika“ darüber, wie die Asche nach der Leichenverbrennung rein und weiß erzielt werden kann. Zu diesem Zwecke hält er es für ratsam, dem Munde des Toten alles Gold und Platin zu entnehmen, den Sarg aus dünnen, unlackierten und unbenutzten Brettern herzustellen zu lassen und den Leichnam in ein einfaches Linnen zu hüllen. Der Merkmal „Pravdy Becernil“ stürzt sich auf diese sachlichen Bemerkungen in einem Separatteil, der die Ueberschrift trägt: „Sogar die Zähne schlagen sie ihnen aus.“ Mit solchen Maßnahmen verfährt man sich angeblich in leberischer Weise gegen die schöne christliche Beerdigungsform,

gegen die Ehre zu dem Körper, dem Schrein der unsterblichen Seele. Kurz, das Blatt versucht, die keineswegs gegen das Christentum sprechende Art der Bestattung der Leichen im Krematorium als etwas Antichristliches hinzustellen. Soll das Christentum in der maßlosen Verzierung der Särge, in der Kostbarkeit der Gewänder, in der der Leiche gehüllt ist, oder im Belassen der Goldplomben in den Zähnen der Leichname liegen? Auf diese Weise erniedrigen die Merkmalen selber den Wert des wahren Christentum. Aber wie wissen, warum sie sich — angeblich christlich — ereifern. Es geht um ihr Geschäft und gerade die Gegenargumente, mit denen sie gegen die Verbrennung losziehen, erhöhen den Wert dieser Form der Bestattung sowohl in ethischer als auch in hygienischer Hinsicht. Denn eben die Einfachheit und Schamhaftigkeit, die dadurch einseitlich und allgemein wird, macht den bisherigen Klassenbegräbnissen ein Ende und durch den sofortigen künstlich erzielten Verwesungsprozess wird der Leich in eben demselben „Schrein der unsterblichen Seele“ bleiben, wie es nach längerer Tätigkeit von Wärmern und anderen „Geistern Gottes“ geschieht.

Die Filmzensur. Im Ministerium des Innern fand, wie „Pravdy“ berichtet, eine Beratung des Filmzensurbüros, dessen Mitglieder aus Vertretern kultureller und sozialer Körperschaften bestehen, zu dem Zwecke statt, um einen Ueberblick über die bisherigen Filmzeugnisse zu gewinnen und Richtlinien für die weitere Tätigkeit des Zensurbüros aufzustellen. In den Beratungen zeigte sich volle Einheitsigkeit darüber, welcher Art Filme zugelassen und welche zu verbieten seien. Die Vertreter literarischer und künstlerischer Kreise sprachen den Wunsch aus, daß in das Filmgesetz auch Bestimmungen aufgenommen werden sollen, welche die Zensur berechtigen würden, Filme, welche gegen den guten Geschmack verstoßen oder absolut wertlose Nachwerke sind, zu verbieten. Diesen Vorschlägen traten auch andere Mitglieder bei. Gegenüber der Behauptung einiger Filmleihanstalten, daß durch das Verbot eines im Auslande angekauften Films das Nationalvermögen einen Verlust erleide, erklärten die Vertreter der breiten Volksmassen, daß es einen größeren Verlust bedeute, wenn die Kinobesucher eine Menge Geld für einen Film hinauswerfen, von dessen Wertlosigkeit sie sich vorher nicht überzeugen konnten. Die Kritik könne in dieser Richtung keinen Schub bieten, denn bei der Unmenge der Filme kann die Kritik nicht alle Produkte der Filmfabrikation bewerten. Ministerialsekretär Dr. Dujil führte in seinem Bericht über die Filmzensur an, daß in der Zeit vom 1. Juni bis Ende des Jahres 1921 drei Zensurkommissionen 696 Filme in der Länge von 1.092.038 Meter überprüften. Von diesen wurden 57 Filme (125.437 Meter) verboten. Außerdem wurden diese anfälligen Szenen ausgeschieden. Von den freigegebenen Filmen wurden 402 Filme (also fast die Hälfte) bloß zur Vorführung für Erwachsene zugelassen. Dem Ursprung nach befanden sich unter den zugelassenen Filmen 123 tschechoslowakische, 521 deutsche und österreichische, 174 amerikanische, 85 französische, 44 italienische, 30 englische, 44 schwedische und norwegische Filme und 18 Filme verschiedenen Ursprungs. Verboten wurden: 1. Sittlich anstößige Filme (offenkundige Schamlosigkeit, Verführung zu lüderlichem Leben usw.) 2. Verbrecherfilme, die die Verbrecher verherrlichen oder in denen systematisch durchgeführte

Feuilleton.

Der unbekannte Soldat.

Von R. Eimm.

Im Park einer kleinen Stadt. Festlich gepulstes Volk. Denkmalsentfaltung. Auf dem bekränzten Gedenkstein sind die Namen der Gefallenen verzeichnet. Der Bürgermeister beendet seine Festrede mit dem Schwure, daß „Auf ewige Zeiten“ im Herzen des Volkes den gefallenen Heldenhähnen ein Denkmal bewahrt bleiben werde, worauf der Männergesangverein „Donnerhall“ ein schönes Lied singt. Die Menge geht auseinander.

Auf einer Parkbank sitzt eine stille junge Frau. Langsam erhebt sie sich und geht zu dem Denkmal, vor dem sie niederkniet.

Der, mit dem sie liebend durch ein ganzes Leben schreiten wollte, ist nun zu einem Stück Zuseher auf einem Kriegerdenkmal geworden.

Die Frau läßt sich wieder auf der Parkbank nieder. Von den Gespielinnen hinweg kommt ihr kleines Mädchen zu ihr greift.

Vergangene Bilder der Sehnsucht und des Hoffens erlösen der Mutter vor ihren Augen. Ein Unbekannter kommt langsam mit einem Einheimischen herbei.

„Es ist, wie ich Euch sage,“ ruft der Einheimische. „Der Mann ist tot — er ist auf dem

Felde der Ehre gefallen. Es wird ein Jahr her sein, seit der amliche Totenschein einlangte. Da steht — hier steht ein Name mit auf dem Kriegerdenkmal. So ehrt die Heimat ihre Heldensöhne, die zum Schutze des häuslichen Herdes, für Weib und Kind und Volk hinausgezogen waren und nicht mehr wiederkehrten.

Es war ein Kamerad von Euch?

„Ja — ein Kamerad, mit dem ich auf Schritt und Tritt beisammen war. Könnt Ihr mir sagen, Herr, was aus seiner Familie geworden. Lebt sein Weib, wo ist sein Kind?“

„Die sind wohl auf. Jetzt haben sie es ja besser, nach schweren Leidensjahren. Bittere Not war dort zuhause.“

Der Unbekannte wankt und sinkt müde neben dem Gedenkstein nieder.

„Mann, Ihr werdet hungrig sein.“

Der müde Wanderer schüttelt das Haupt.

„Mann, Ihr seid ganz abgezehrt von der langen Reise. Wie alt seid Ihr eigentlich? Man könnte Euch auf 60 schätzen.“

„32 Jahre. Sechs davon habe ich unter wilden fremden Völkern als Sklave zugebracht.“

„Wie seid Ihr in Gefangenschaft geraten?“

„Ein Schlag auf den Kopf war's mich um.“

Dann habe ich nichts mehr gewußt. Wie viel Stunden ich so gelegen, weiß ich nicht. Als ich erwachte, war es Nacht. Der Mond stand hinter Wolken. Es kam mir die Erkenntnis: du

liegt auf dem Schlachtfeld unter Toten. Mich

froz und hungerte. Aber aufstehen konnte ich nicht, meine Glieder waren wie gelähmt. Eine Zeitslang wußte ich wirklich nicht, ob ich wache oder träume, tot sei oder lebendig. Da höre ich ein Stöhnen neben mir. Und ich tappe mit den Händen nach dem Rufem hin. Zuerst greife ich über ein kaltes hartes Gesicht, doch daneben fühle ich warmes Leben, meine Hand liegt auf einem Herzen, denkt euch, auf einem Herzen, und es klopf und hämmert darin. Und ringsum liegen Tote. Und gierig greift eine fremde Hand auch nach mir. Der andere fragt mich, wir reden. Er ist arg zugerichtet, doch schleppt er sich zu mir her. Ich bin so froh, daß ich nicht allein bin auf dem Leichenselde, schlinge den Arm um den Hals des Kameraden und streichele ihm die Wangen zärtlich wie ein Liebhaber. Und da seh ich sein Gesicht, weil der Mond aus der Wolfenwand tritt, und schreie zusammen, denn er ist, der Feind, der mir den Kolben auf den Schädel hieb; er ist, der Feind, mit dem ich auf Tod und Leben stand. Auch er erkennt mich und da steigt uns heiß in die Augen und wir rauchen Gefassen — weinen wie alte Weiber. Und brechen die letzte Brotkruste, teilen sie und werden wie Brüder. Er erzählt mir von Weib und Kindern. So sitzen wir auf dem Schlachtfeld unter Toten. Als das Morgenrot aufsteigt, helfen wir einander auf und stolpern eugungschlungen über die Felder. — Da geriet ich in die Hände einer feindlichen

Abteilung. Seitdem habe ich aus der Heimat nichts mehr gehört und kam mir selbst vor wie ein Toter.“

„Wie glücklich müßt Ihr sein, jetzt, da Ihr wieder daheim seid. Habt Ihr keine Angehörige hier?“

„O doch, ich will sie auffuchen.“

„Ich lade Euch ein, mit zu mir zu kommen. Meine Frau wird sich freuen, einen Kameraden ihres ersten Mannes sprechen zu können.“

Das Kind hat seinen Stiefvater, den „Einheimischen“, bemerkt und springt herzu.

„Vater, wir sind auch hier! — Komm nur, Mutter, der Vater ist da.“ Dieser führt das Kind zu dem Fremden: „Sib dem fremden Manne die Hand, er war ein guter Kamerad Deines seligen Vaters.“

Der Fremde zieht das Kind an sich und herzt es.

Die Frau ist nähergetreten. „Wen hast Du denn hier?“

„Ein heimgekehrter Kriegsgefangener — Ich habe ihn eingeladen, zu uns zu kommen, damit er Dir aus den Kriegstagen erzählte. Er war ein Kamerad Deines Mannes.“

Der Fremde hat sich erhoben und starrt die Frau an. „Sechs lange Jahre habe ich der Erlösung geharrt. Nun bin ich in der Heimat und finde mich unter den Toten. Gebt mir mein Leben wieder, nehmt mich wieder unter die

Verbrechen unbestraft bleiben; 3. Filme, die aus politischen Gründen verboten wurden. Es sind dies hauptsächlich habsburgische Propagandafilme, die den Zweck haben, für die habsburger Sympathien zu erwecken; 4. Filme, die aus irgendwelchen sonstigen Gründen beanstandet wurden, z. B. nach der technischen Seite hin. So wurde ein Begräbnisfilm hier nicht zugelassen, weil die Teilnehmer bei der Aufnahme lachten. Die Vertreter des Filmhandels nahmen an der Beratung nicht teil. In der Debatte wurde auch der Wunsch ausgesprochen, die bisherige Altersgrenze für die Zulassung zu Filmen für Erwachsene von 16 auf 18 Jahre zu verschieben. Es wurde aber die Ansicht vertreten, die bisherige Festsetzung beizubehalten, jedoch die Filme strenger zu beurteilen. Für die Jugend zugelassene Filme werden in Filmen für die Schuljugend und für die heranwachsende Jugend unter 16 Jahren geschieden.

Das Budget der Stadt Reichenberg für 1922. In den letzten Tagen wurde in der Reichenberger Gemeindestube das Budget der Stadt behandelt. Die Einnahmen betragen 7,8 Millionen Kronen, die Ausgaben 16,5 Millionen Kronen. Um nicht eine Gemeindefinanzlage von 1200 Prozent auszuweisen zu müssen, wurde eine Anzahl neuer Einnahmen beantragt, die 4,9 Millionen betragen sollen, während die bisherigen Gemeindefinanzlagen im Budget mit einem Teilbetrag von 2,8 Millionen Kronen eingestellt wurden. Der Rest von 900.000 Kronen soll durch einen besonderen Zinszuschlag gedeckt werden. Neue Einnahmen werden durch Erhöhung der Gas- und Elektrizitätspreise, der Fahrpreise auf der Straßenbahn, der Wasserpreise usw. erzielt werden. Die Stadtgemeinde Reichenberg ersuchte das Finanzministerium um eine besondere Aushilfe zur Deckung des Abgangs für das Jahr 1921. Das Ministerium willfahrt diesem Ansuchen angeblich deshalb nicht, weil im Staatsvoranschlag für 1921 für derartige Ausgaben kein Kredit eingestellt war.

Verhaftung eines kommunistischen Kongreßdelegierten. Der Delegierte der „Roten Fahne“ Reumann, der am Parteikonferenz des kommunistischen Kongreß teilgenommen hat, wurde vor seiner Abreise auf dem Bahnhof verhaftet, da er sich nicht mit einem ordentlichen Reisepaß ausweisen konnte.

Zimmer neue Waffenlager. Die Entwaffnung in Deutschland ist schon längst durchgeführt und den Arbeitern sind auch tatsächlich die letzten Waffen abgenommen, aber die Reaktion verfügt immer noch über geheime und auch nicht über geheime, aber von den blinden Behörden nicht gesehene Waffenlager. Soviele Waffen in Bayern für die Reaktion aufgespeichert sind, wievieler Gewehre, Maschinengewehre usw. die Brigade Ehrhardt und andere reaktionäre Geheimorganisationen zu ihrer Verfügung haben, entgeht sich der genauen Kenntnis, aber sicher sind sie nicht unbeträchtlich. Und nicht nur Handwaffen, sondern auch schwere Waffen sind immer noch in großer Zahl versteckt. So wurden jetzt, nachdem man dort vorher schon zweimal etliche hundert Geschützrohre gefunden hatte, in den Rodstros-Werken in Dresden-Gaidenau abermals 180 sogenannte Rohlinge für Haubitzenmantelrohre gefunden. Angeblich sind die Rohre ganz verrostet und — wie wir hören dies regelmäßig — völlig unbrauchbar. Nicht weniger kennzeichnend ist die weitere Tatsache, daß nach einer Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ auf dem Münchener Zollamt in den letzten Tagen 9000 Büchsenbüchsen von der Entente-Kommission beschlagnahmt worden sind, die aus Holland gekommen waren.

Lebendigen auf. Denn ich lebe ja, — mein Weib, ich lebe!

Das Weib schlägt die Hände vors Gesicht. „Wer seid Ihr?“ ruft der Einheimische entsetzt. Das Kind flüchtet erschreckt zu dem, den es Vater nennt und klammert sich an ihn.

„Sechs Jahre mußte ich alle Menschenwürde abstreifen und wie ein Tier haufen unter Menschenbrüdern. Wenn ich halb verhungert, halb erschlagen war, oft wenn dieses elende Leben fast am Verlöschen war, riß mich die Liebe zur Heimat wieder auf. Der Gedanke, daß hier Weib und Kind meiner harren, ließ mich alle Unbill ertragen. Der Glaube an die Heimat entriß mich dem Tode, — und die Heimat feiert mein Begräbnis. Aber ich will leben! Nun mich die fremden Horden nicht umgebracht haben, will ich leben! Kennt Ihr mich wieder Weib, erkennt Du mich?“

„Mann, was quält Ihr Euch und uns. Die Witwe ist meine rechtmäßig angetraute Gattin.“

„Jawohl, die Witwe, aber nicht die Frau eines Andern. Ich will mein Recht — und ein bißchen Glück. — Ihr müßt weichen (er dringt auf den Andern ein) weichen, weichen!“

Ein Invalide mit einer Drehorgel humpelt vorüber, begleitet von einem Blinden. Er betrachtet flüchtig das Denkmal und sagt zu dem Blinden: „Da haben sie einen Gedenkstein für die Gefallenen aufgestellt. Mit diesen armen Teufeln wird man billig fertig.“

Wie die Wiener Staatsopermitglieder streiten wollen. Seit Jahr und Tag verspricht man den Mitgliedern der Wiener Staatsoper eine Pensionsreform. Doch ohne daß bis jetzt die Wünsche der Bühnengedienten erfüllt worden wären. Nun haben diese an den Präsidenten der Staatstheaterverwaltung Dr. Vetter ein Ultimatum gerichtet, bis längstens 5. Jänner den Pensionisten eine Zuwendung von 30.000 Kronen pro Kopf zu gewähren, widrigenfalls am 9. Jänner während der Vorstellung ein Streik zum Ausbruch kommt, wie er wohl noch in keinem Theater stattgefunden hat. Ein Mitglied des Operntheaters wird vor den Vorhang treten und dem Publikum mitteilen, daß zwanzig Minuten jede Arbeit ruhen wird! Kein Sänger wird singen, kein Bühnenarbeiter wird arbeiten, kein Tänzer wird tanzen — alle Kräfte werden stille stehen — zum Zeichen, daß die Geduld wegen Verschleppung der oft versprochenen Pensionsreform ihr Ende erreicht hat.

Auslassung des Abonnements auf der Elektrischen? „28. Jänner“ erfährt, daß in den Prager elektrischen Betrieben darüber erwogen wird, daß die Abonnementskarten auf der Elektrischen aufgelassen werden. Wenn auch die ermäßigten Streckenkarten von dieser Maßregel betroffen werden sollten, dann ist dies eine neue Attacke vor allem auf die schwerbelasteten Angestellten, Beamten und Lehrer. Und jedenfalls ein Zeichen dafür, wie die versprochene Verbilligung der Lebenserfordernisse von den maßgebenden Kreisen ins Werk gesetzt wird.

Das „verdeutschte Gebiet“ im Polizeibericht. Es ist nicht zum erstenmal, daß der Stil des Polizeiberichts eine tendenziös-politische Färbung zeigt. Im Polizeibericht von Freitagabend wird berichtet, daß sich in den Hotels namentlich des „verdeutschten Gebietes“ ein Mann herumtreibe, der sich für einen gewissen Ladislav Mazal ausbebe und alles, was nicht niel- und nagefest ist, davontreibe. Es ist beschämend, daß die offizielle Berichterstattung immer wieder Ausdrücke anwendet, die unsachgemäß, tendenziös und für einen großen Teil der Staatsangehörigen beleidigend sind. Eic. Für die Einigung der sozialdemokratischen Parteien.

Erhöhung der Zahl der Zivildienstleistungen. Während im Vorjahre 2036 Zivildienstleistungen im Altstädter Rathaus vorgenommen wurden, erhöhte sich in diesem Jahre die Zahl auf 2400.

Dreizehn Schwerverbrecher aus Böhmen entlassen. Aus der Beobachtungsstation der Böhmerischen Anstalt sind dreizehn Verbrecher, die dort zur Unterwahrung ihres Geisteszustandes untergebracht waren, entlassen, offenbar, weil die Anstaltsverhältnisse in diesem Teil der Anstalt nicht zureichend waren. Es gab dort weder eine bewaffnete Bewachung noch auch für Verbrecher genügend aufmerksame Aufseher. Von den Verbrechern wurde bereits Donnerstag um neun Uhr abends in der Königstraße in Lieben der Sträfling Hugo Jedlička von der Polizeiwache eingekerkert und gefesselt zurück nach Böhmen mit dem Wagen der Rettungsstation geführt. Ein zweiter Verbrecher, namens Eduard Becera, wurde Freitag im Eisenbahnhof bei Berkowitz angehalten. Nach seiner Angabe soll der Räuber Jener den Plan zur Flucht entworfen haben. Auf ein gegebenes Zeichen ergriß der Verbrecher Eduard den Aufseher und band ihn, Jener nahm dann die Schlüssel und öffnete das Tor. Von den Verbrechern sind die gefährlichen der Dieb Josef Dragovol aus Gradolub bei Raasditz und der Pole Stengel, dessen Repatriierung bisher nicht gelungen ist. Die Hälfte der Delinquenten stammt aus Militärstrafanstalten. Einige der Flüchtlinge zerbrachen das Schloß der Fährte und fuhren auf das andere Ufer der Moldau. Der Verbrecher Quake entfloß in seine Höllechorwitzer Wohnung, wo er sich gemeinsam mit Pollak umkleidete und beide entflohen von dort, bevor noch die Detektive die Wohnung betreten.

Der Blinde: „Mit uns ja auch.“

Das Weib rafft sich auf und reicht dem Heimgekehrten die Hand, der sie fest ergreift. „Du willst wieder mein Weib sein?“ fragt er freudig.

„Ich bin die Mutter Deines Kindes. Das Schicksal hat uns getrennt. Ohne unsere Schuld. Ich habe gebetet für Dich und gebangt und gehofft. Dann, als alle Hoffnung vergebens war, gab ich unserm Kinde einen Vater.“

„Und ich?“

„Ich bin die Mutter Deines Kindes. Nun bin ich auch die Mutter seines Kindes. Laßt mich den Kindern leben. Ich will nichts anderes als Mutter sein. — Komm Kind.“

Sie faßt das Mädchen an der Hand und schreitet langsam fort. Der Heimgekehrte will ihr nach, lehrt um, schlägt die Hände vor den Kopf und setzt sich vor das Denkmal.

Der Andere fordert ihn auf, mitzukommen. Er regt sich nicht. Da geht jener still von dannen.

— — — — —

Ein Polizist geht im Parke auf und ab. Er bemerkt den einsamen Mann und legt ihm energisch nahe, das Denkmal nicht zu verschandeln.

Der unbekannte Soldat tritt davon.

In goldenen Lettern leuchtet sein Name auf dem Gedenkstein.

Die Durchführungs-Verordnung zum Umsatz- und Luxussteuergesetz.

Mehr als drei Monate nach Herausgabe des novellierten Umsatz- und Luxussteuergesetzes ist in der Sammlung der Gesetze und Verordnungen unter Zahl 450 vom 9. Dezember 1921 die zugehörige Durchführungsverordnung erschienen. Es ist kein Zweifel, daß die bloße Tatsache, daß zwischen Erscheinen des Gesetzes und der zum Verständnis desselben unbedingt erforderlichen Durchführungsverordnung eine Zeitspanne von mehr als zwölf Wochen liegt, für die konsumierende Bevölkerung eine ungeheure Schädigung bedeutet. So wurde bis zum Erscheinen der Durchführungsverordnung bei der Unsicherheit, die in der Auslegung des § 10 des Umsatzsteuergesetzes (Lieferungen, die bloß der 1proz. Umsatzsteuer unterliegen) zweifellos in vielen Fällen ein Steuerfuß von 2 Prozent dem Käufer in Rechnung gestellt, während nunmehr die Durchführungsverordnung bestimmt, daß im dem gegebenen Fall bloß die 1proz. Steuer in Rechnung zu stellen war. Es war aus dem Gesetze durchaus nicht zu entnehmen, daß Vieh, Häffel, Brennholz bloß der 1proz. Steuer unterliegen, geschweige denn Fleischspeisen, welche nach dem Artikel 12 der Durchführungsverordnung gleichfalls bloß diesem ermäßigten Steuerfuß unterliegen sollen. Es ist auch vom rein fiskalischen Standpunkte eine Unverständlichkeit, warum — wie Artikel 12 ausdrücklich bestimmt — zwar Kaffee und Tee, Käse und Potwidel der 2proz. Steuer unterliegen sollen, während die Verabreichung der teuersten Fleischspeise in einem komfortablen Luxusrestaurant bloß der 1proz. Steuer unterliegen soll!

Zunehmend muß aber gesagt werden, daß die Interpretation des § 10 durch das Finanzministerium im ganzen großen dem Bedürfnisse Rechnung trug, den allgemein auf 2 Prozent erhöhten Steuerfuß wenigstens dort zu ermäßigen, wo infolge dieser Erhöhung eine neuerliche Verteuerung auf dem Lebensmittelmärkte und bei der Verteilung der notwendigen Lebensmittel eine neuerliche Preissteigerung zu befürchten gewesen wäre; denn nicht allein landwirtschaftliche Produkte im ursprünglichen Zustande sollen nunmehr bloß der 1proz. Steuer unterliegen, sondern auch dann, wenn sie nicht mehr im Zustande der Urproduktion sind, so z. B. nach erfolgter Reinigung, Trocknung (z. B. gedörrte Zwetschken) mechanischer Teilung (z. B. Brennholz), ferner alle Arten von Fetten, alle Wäckerzeugnisse u. s. w.

Die häufig gerügte, an Komplikationen reiche Buchführung zur Umsatz- und Luxussteuer wurde in den Artikeln 17 bis 20 einigermaßen vereinfacht, insbesondere dadurch, daß es dem Kaufmann gestattet ist, dort, wo er bloß der Umsatzsteuer unterworfenen Waren führt, statt der spezifischen „allgemeinen Steuerbezeichnung“ die normalen Handelsbücher nach den Grundsätzen des Handelsgesetzbuches zu führen und diese bloß mit jenen Kolonnen zu ergänzen, welche zur derzeitigen Feststellung des umsatzsteuerpflichtigen Erlöses erforderlich sind. (Art. 17, Abschnitt B, Abs. 4).

Wenn auch für die Landwirte eine vereinfachte Steuerbuchführung vorgesehen ist, so ist doch anzunehmen, daß die Bauern von diesem Entgegenkommen der Finanzverwaltung, unter milderer Voraussetzungen ihre Erträge einbekennen zu müssen, ausgedehnteren Gebrauch machen dürfen! Wie verlaunet, soll in nächster Zeit abermals, so wie im Vorjahre, mit den „kleinen Landwirten“ ein Pauschalierungsübereinkommen abgeschlossen werden, welches allerdings wiederum bloß fakultativen Charakter haben soll (d. h. dem Landwirte bleibt es vorbehalten, entweder die vorgeschriebenen Steuerbezeichnungen zu führen oder dem Pauschalierungsübereinkommen beizutreten), welches diesmal im Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Verbänden, Landeskulturräten auf gänzlich neuer Bemessungsgrundlage gebildet werden soll.

Eine Neuerung im novellierten Umsatz- und Luxussteuergesetz bedeutet es, daß in jenen Fällen, in denen Ware durch ein Elementar- oder sonstiges unabwendbares Ereignis vollständig oder in solchem Maße vernichtet wurde, daß eine Steuerüberwälzung auf den Konsumenten unmöglich wird, die Rückertsetzung der bereits im Warenpreise eingeschlossenen Luxussteuer gewährt wird; über die Voraussetzungen dieser Steuerüberwälzung handelt Artikel 35.

Um eine möglichst angemessene Deklaration durch den Importeur zu erzielen, hat das Finanzministerium nun in Ausführung des § 39 des Gesetzes die näheren Bedingungen festgesetzt, unter denen eingeführte, unrichtig oder

überhaupt nicht deklarierete Luxusware vom Staate übernommen werden soll. Wenn nämlich der Importeur (u. zw. gleichgültig ob er Unternehmer oder Privater ist), den Preis nicht mittels Fakturen, Korrespondenzen oder auf sonstige glaubwürdige Art nachweist, oder wenn der fakturierte oder sonst angegebene Preis der Ware dem Zollamte unangemessen erscheint, dann ist die Partei auf das Beschlagnahmerecht der Finanzverwaltung aufmerksam zu machen und es kann, wenn trotzdem die angemessene Deklaration nicht erfolgt, die Ware zum deklarierten Preise vom Zollamte übernommen werden. Diese Beschlagnahmen Gegenstände werden im Versteigerungswege veräußert und der Versteigerungserlös wird nach Abzug des deklarierten, dem Importeur ausbezahlten Betrages (abzüglich Luxussteuer) verrechnet.

Was im übrigen die Ein- und Ausfuhr betrifft, so hat die Durchführungsverordnung nichts bestimmt, was nicht im Gesetze bereits selbst festgestellt wäre: Die Ein- und Ausfuhr von bloß der Umsatzsteuer unterliegenden Waren ist grundsätzlich steuerfrei, die Ausfuhr von Luxusgegenständen (bis auf die Ausfuhr von Antiquitäten im Werte von über 200 Kronen) gleichfalls steuerfrei, die Einfuhr aller Luxusgegenstände unterliegt der 12proz. Steuer. Allerdings hat der letzte Satz des § 14 des Gesetzes einige Unklarheiten in die allgemeine Norm gebracht, die im § 4 des Gesetzes aufgestellt ist. („Die Einfuhr ist steuerfrei“) und der Artikel 15 der Verordnung hat diesen letzten Satz des § 14 in der Weise weiter ausgebildet, daß erklärt wird, daß als inländische Lieferungen fiktiv solche anzusehen seien, welche durch Vermittlung des Vertreters einer ausländischen Firma erfolgen u. zw. dies auch dann, wenn sie direkt aus dem Auslande effektuiert werden. Damit ist eigentlich die Bestimmung des § 4 des Gesetzes teilweise derogiert und bestimmt, daß durch inländische Vertreter ausländischer Firmen vermittelte Importe umsatzsteuerpflichtig sind.

Die Befreiungsbestimmungen, die im Gesetze im § 4 und 7 vorgesehen sind, werden in den Artikeln 2 bis 9 der Verordnung näher erläutert. Die Bestimmung, daß für öffentliche Beleuchtung geliefertes Gas und elektrischer Strom umsatzsteuerfrei sein sollen, wird bloß auf die Beleuchtung der öffentlichen Plätze, Straßen usw. beschränkt, womit allerdings eine Befreiung der Gas- und elektrischen Stromlieferungen an Schulen, Kempter usw., sofern sie unter dem normalen Preise erfolgen, nicht ausgeschlossen ist; jedoch muß in diesem Falle gemäß § 7 des Gesetzes ausdrücklich beim Finanzministerium um diese Befreiung angefragt werden, worauf geprüft wird, ob das liefernde Unternehmen als „gemeinnützig“ im Sinne des Gesetzes anzusehen ist oder nicht. Die Begriffe der „ausschließlichen Wohltätigkeit“ und der „Gemeinnützigkeit“ bei deren Vorhandensein eine Befreiung des bezüglichen Unternehmens vom Finanzministerium zuerkannt werden kann, sind in der Durchführungsverordnung selbst definiert u. zw. in der Weise, daß als ausschließlich wohltätiges Unternehmen ein solches zu verstehen ist, dessen Bestreben ausschließlich auf Verringerung der Not und Armut oder auf Beseitigung der Nächstenliebe ohne Anspruch auf vollen Ersatz gerichtet ist, dagegen als „gemeinnützig“ Unternehmen ein solches gilt, welches im besonderen Maße das Gemeinwohl in wissenschaftlicher, erzieherischer oder sonstiger Beziehung zu fördern bezweckt. Da jedoch nach der ausdrücklichen Bestimmung des Artikels 9, Abs. 5 der Verordnung, die Förderung bloß wirtschaftlicher Interessen nicht als gemeinnützig anzusehen ist, wären Gemeinschaftsküchen, Konsumvereine, Lebensmittelmagazine usw. nicht als gemeinnützig anzusehen und daher umsatzsteuerpflichtig. Sehr reges Interesse insbesondere für die verschiedenen Fachgenossenschaften hat die Befreiungsbestimmung des § 4, Abs. 15 des Gesetzes, demzufolge Lieferungen und Leistungen solcher Unternehmerorganisationen, welche ohne Absicht auf Gewinn, bloß gegen Ertrag der Regieauslagen, den Einkauf von Rohstoffen und Halbfabrikaten für ihre Mitglieder und den Verkauf der Fertigprodukte derselben vermitteln, über Genehmigung des Finanzministeriums von der Umsatz- (Luxus-)steuer befreit werden können. Diese Bestimmung gilt jedoch — und dies muß ausdrücklich betont werden — bloß für solche Verbände, bei denen jede Gewinnaussicht fehlt und welche nicht Fertigfabrikate ihren Mitgliedern liefern, wie z. B. gewisse Einkaufsgenossenschaften.

Die Befreiungsbestimmung bezüglich Heilmitteln, welche von oder über Anweisung der Krankenkassen und verwandter Institute geliefert werden, bzw. die Befreiungsbestimmung bezüglich der ärztlichen Leistungen der Krankenkassenärzte, wurde in der Durchführ-

Karlistischer Krakehl.

Die Karlisten lassen für Karl eine „feierliche Messe“ lesen.

Budapest, 30. Dezember. Am heutigen Krönungstage bereiteten die Karlisten in Budapest eine große Manifestationskundgebung vor, welche ihnen auch zu Teil gelang. In der Krönungstirche wurde eine feierliche Messe zelebriert, welche die karlistischen Abgeordneten mit Andrássy und Apponyi an der Spitze und andere ehemalige Würdenträger aus der Umgebung Karls hörten. Beim Eintritt und Abgang aus der Kirche bereitete der karlistische Flügel der christlich-nationalen Partei den Abgeordneten Ovationen, bei welchen: „Es lebe der König und die

Königin des großen Magharen“ gerufen wurde. Die Bevölkerung hat sich im allgemeinen an den Kundgebungen nicht beteiligt. In der Nachmittags-Sitzung der Nationalversammlung riefen die karlistischen Abgeordneten Lärmjahren hervor, bei denen sie dem Vorsitzenden vortarfen, daß er die Sitzung am Krönungstage habe stattfinden lassen. Bei den karlistischen Kundgebungen für König Karl riefen die Abgeordneten der Partei der kleinen Landwirte: „Es lebe Fortschritt!“ In der Nationalversammlung kam es zeitweise zu großen Tumulten.

Beginn der Völkervereinigung.

Bedingungen für die Aufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Paris, 31. Dezember. Die Völkervereinigung hat heute im Ministerium des Auswärtigen begonnen. Die englischen und französischen Finanz- und Industrieverständigen waren mit dem Plane, der als Grundlage für den Wiederaufbau Europas dienen sollte, einverstanden. Dieser Plan wurde den italienischen und belgischen Delegierten übermittelt und wird heute nachmittags in öffentlicher

Sitzung besprochen werden. Die Konferenz wird heute abend oder morgen eine vorläufige Erklärung veröffentlichen, welche die Bedingungen feststellt, unter denen die Signatarmächte bereit sind, die Handelsbeziehungen, besonders mit Rußland, wieder aufzunehmen. Diese Bedingungen würden besonders die Anerkennung des Privateigentums und der Verpflichtungen des Staates umfassen.

Die ägyptische Unabhängigkeitserklärung.

Kairo, 29. Dezember. (Wolffbüro.) Mohamed Pascha Nachmud, der im April 1921 aus der nationalistischen Partei Jagul Paschas ausgetreten war, ist heute zum Mitglied der ägyptischen Delegation ernannt worden. In einer Unterredung mit dem Vertreter des Reuterbüros erklärte er, die Behauptungen der englischen Presse, wonach es in Ägypten eine gemäßigte Partei gebe, die bereit sei, mit England zusammenzuarbeiten, und eine extremistische Partei, seien durchaus falsch. Alle Ägypter seien einstimmig der Ansicht, daß Ägypten volle Unabhängigkeit erhalten müsse.

Ein kommunistischer Denunziant.

Der Kommunist Eberlein denunziert Arbeiter wegen des Märzputsches.

Berlin, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) In der „Roten Fahne“ veröffentlicht Hugo Eberlein heute einen zweiten Artikel über die illegale Militärorganisation, in der er auch auf die Vorgänge in Mitteldeutschland während des Märzputsches zu sprechen kommt. In langatmigen Ausführungen sucht Eberlein es so darzustellen, als ob es sich bei den Angriffen gegen ihn und gegen die Zentrale der kommunistischen Partei lediglich um einen Racheakt von Ernst Däumig und den früheren Mitgliedern der Militärorganisation wegen deren Auflösung gehandelt habe. Eberlein habe niemals die terroristischen Akte angeordnet. Dagegen denunziert er die Arbeiter aus einzelnen Bezirken Mitteldeutschlands, daß sie unter allen Umständen Sprengungen vornehmen wollten. Die Freiheit“ schreibt dazu, daß Eberlein nicht nur ein Mann ohne politisches Verantwortungsgefühl sei, sondern auch ein Mann, dem der Mut fehlt, zu seinen eigenen Taten zu stehen. Wer auf andere mit den Fingern zeige, um sich selbst rein zu waschen, ist alles andere, nur kein politischer Führer. Dazu bemerkt der „Vorwärts“: „Widerwärtiger hat sich wohl noch kein politischer Führer gebildet. Das Verhalten der Jagow-Wangenheim auf der Anklagebank verhält gegen die Denunziation Eberleins, noch ehe er die Anklagebank betreten hat.“

Völkervereinigung in Frankreich.

Rückgang der Bevölkerungszahl.

Paris, 30. Dezember. (Havas.) Das Amtsblatt veröffentlicht das Ergebnis der Völkervereinigung im Jahre 1921. Die Bevölkerung Frankreichs, samt Elsass-Lothringen, betrug 39.402.739 Seelen, davon 1.750.449 Ausländer. Nach der Völkervereinigung vom Jahre 1911 waren in Frankreich 39.693.992 Einwohner, davon 1.132.692 Ausländer.

Für die Einigung der sozialistischen Parteien.

Berlin, 30. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“) In der „Dresdener Volkszeitung“ veröffentlicht der Reichstagspräsident Karl Lobe einen Artikel zum bevorstehenden Leipziger Parteitag der Unabhängigen, der seinem Inhalt nach eine andere Stellung einnimmt, als die sozialdemokratische Presse bisher vertritt. Präsident Lobe tritt für eine Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien mit der Begründung ein, daß ein solcher Bloß ein ganz anderes inner- und außenpolitisches Gewicht haben werde, als es bei der gegenwärtigen Gruppierung der Partei möglich sei. Der trennenden Momente der Parteitätigkeit seien immer weniger geworden. In den Gemeinden, in

aufhalten. Seine inoffizielle Teilnahme an den Verhandlungen ergibt sich aus der Rolle, die Rathenau bereits zweimal bei den Reparationsverhandlungen in London gespielt hat.

Einschränkungen des U-Bootkrieges.

Washington, 29. Dezember. (Reuter.) Staatssekretär Hughes hat zwei Entschlüsse betreffend die Verwendung der U-Boote in Kriegszeiten eingebracht, welche besagen, daß U-Boote Handelschiffe nur dann angreifen dürfen, wenn diese dem Befehl zum Anhalten nicht Folge leisten, und daß andere Schiffe nur dann versenkt werden dürfen, wenn vorher die Besatzung und die Passagiere in Sicherheit gebracht worden sind. Die Unterzeichner erklären, daß jede Person, die die genannten Bestimmungen verletzt, vor Gericht gestellt und zu Gefängnis verurteilt werden soll, als ob sie Seeräuber begangen hätte.

Neue Gärung in Albanien.

Belgrad, 29. Dezember. Glaubwürdige Nachrichten bestätigen, daß die albanische Regierung beständig reguläre Truppen in die neutrale Zone absendet. Albanisches Militär und Gendarmerie operieren in der neutralen Zone und besetzen die durch die serbischen Abteilungen auf Grund der Entscheidung der Völkervereinigung geräumten Orte. Reguläre albanische Truppen und Gendarmen befinden sich beispielsweise in Ante bei Dibra, in Bardhoci, auf dem Wege nach Lurkula, in Morind und in Beslic südwestlich von Podgorica. Die Bevölkerung der rechtswidrig besetzten Gebiete erhebt sich gegen die Bedrücker, wobei es zu Zusammenstößen kommt, welche bereits viele Opfer erforderten. Banditen unter Führung des Leutnants Beni Rega verübten Gräueltaten. Sie mordeten die Bevölkerung, von der sie annehmen, sie seien serbenfreundlich, und plündern und verbreimen deren Behausungen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Keine Transportbeschränkungen für Lebensmittel.

In der Sammlung der Gesetze und Verordnungen 86. Stück ist unter Nummer 369 eine Regierungsverordnung vom 13. Oktober 1921 in welchem bestimmt wird, daß in das Grenzgebiet Schlachtvieh, Fleisch, Eier und Butter nur auf Grund besonderer Transportbeschränkungen eingeführt werden können. Im § 4, Absatz c) dieser Verordnung waren gewisse Korporationen von der Erstellung einer Transportbescheinigung befreit, worunter sich jedoch die Konsumvereine nicht befanden. Nun hat das Ministerium für Volksverpflegung eine Interpretation des § 4 der Verordnung ausgegeben, in dem die Konsumgenossenschaften von der Erstellung einer Transportbescheinigung befreit wurden.

Bürokratie und Außenhandel.

Dem „Berliner Tageblatt“ entnehmen wir, daß die Handelsvertretung Sowjetrußlands in Berlin ein Rundschreiben an die mit ihr in geschäftlicher Beziehung stehenden deutschen Unternehmungen gerichtet hat, in dem sie ihnen mitteilt, daß sie die in der letzten Zeit gepflogenen Verhandlungen wegen Uebertreibung von Aufträgen bis auf weiteres einstellt. Der Grund dafür ist vor allem, daß die zuständigen behördlichen Stellen in Deutschland große Schwierigkeiten bei Erteilung der erforderlichen Einreiselaubnisse für das zur Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes nötige Personal machen und daß der Handelsmission nicht einmal die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Diese Nachricht ist bezeichnend für den Geist der reichsdeutschen Bürokratie. In einer Zeit, wo man sich der Ueberwindung der Wirtschaftskrise von der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen Rußlands mit allen anderen Staaten verpflichtet, verhindern die preussischen Bürokraten, daß die deutsche Industrie Aufträge von Sowjetrußland erhält. Die Gründe hierfür sind zweifellos die Furcht vor der bolschewistischen Agitation. Selbst das „Berliner Tageblatt“, ein bürgerliches Blatt, muß anerkennen: „Es ist die Angst vor dem Bolschewismus, die sich in den Amtsstellen eine letzte Zuflucht gesucht hat.“

Kämpfe im schweizerischen Metallarbeiterverband.

Im schweizerischen Metallarbeiterverband ist zwischen den Sozialdemokraten unter Führung des Nationalrats Ny und den Kommunisten ein heftiger Streit ausgebrochen. Die Kommunisten bilden die Minderheit. Zahlreiche kommunistische Führer wurden von der Mehrheit aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.

Die Schutzverordnungen der Handelsangelegenheiten verlängert.

Die Verordnung, welche die Kündigungsschutz der Handelsangelegenheiten und anderer in ähnlicher Stellung sich befindenden Angestellten, welche dem Handelsangelegenheiten unterliegen, und die eine sechsmonatliche Quartalskündigung festsetzt, sowie

Wahlerfolge der U. G. P. in der Oberlausitz.

In den Monaten November und Dezember haben in mehr als 50 Orten der Oberlausitz Gemeinderatswahlen stattgefunden, bei denen unsere Partei erfreuliche Erfolge buchen konnte. Haben wir doch die Zahl unserer Mandate verdreifacht. Hatten wir in 19 Gemeinden bisher insgesamt nur 41 Vertreter, so ist unsere Mandatszahl auf 120 gestiegen, die sich auf 41 Gemeinden verteilen. Hierbei ist zu beachten, daß die Oberlausitz noch immer zu den politisch rückständigsten Gebieten Deutschlands gehört. Wie unberührt sie von den Wellen der Revolution geblieben ist, erhellt schon daraus, daß in vielen Gemeinden noch heute gar keine Wahlen stattfinden, sondern die Gemeindevertreter einfach kurzerhand in Gemeindeversammlungen bestimmt werden, wobei die bürgerlichen Parteien, unter denen namentlich das Zentrum stark vertreten ist, die Arbeiter von jedem Einfluß fernzuhalten bestrebt sind. So wollten die Bürgerlichen den Arbeitern in der Gemeinde Dornhennersdorf nur zwei Mandate bewilligen, während die Wahlen ihnen fünf, den Bürgerlichen dagegen nur zwei Sitze zugeführt haben. Ueber die Wahlen selbst wird der „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, daß unsere Partei in der Regel eigene Listen hatte. Das hat fast überall zu einer Erhöhung der sozialistischen Stimmen überhaupt geführt, während dort, wo unsere Partei eine Listenverbindung mit der S. P. D. einging, fast durchwegs ein Rückgang an sozialistischen Stimmen zu verzeichnen war. So haben in einem Falle die Rechtssozialisten trotz Listenverbindung zwei Sitze verloren.

Briand über die Konferenz von Cannes.

Paris, 29. Dezember. In der Senatsdebatte über das Budget des Ministeriums des Auswärtigen trat Briand gegen die noch immer nicht völlig beseitigten Geheimmethoden der Diplomatie auf. Poincaré und Ribot wiesen den Gedanken von Zahlungsvereinfachungen für Deutschland zurück. Die Wiederaufbauaktionen würden nach Ribot den Hauptnutzen England und den Deutschen abwerfen. Ministerpräsident Briand wiederholte seine in der Kammer abgegebene Versicherung, daß er in London keinerlei Sicherheiten am Rhein ausgegeben habe. Seine ersten Worte an Lloyd George seien gewesen: Frankreich muß bezahlt werden; es muß wiederhergestellt werden. Wenn Opfer gebracht werden müssen, müssen sie andere bringen. Lloyd George habe eine internationale Anleihe ins Auge gefaßt, durch die Frankreich sofort Vorschüsse hätte erhalten können. Er habe diesen Gedanken aufgeben müssen, da gewisse Umstände nicht eingetreten seien. Ribot habe von einem großen Wiederaufbau Europas gesprochen. Nun Rußland sei kein Land, das man vernachlässigen könne. Rußland darf nicht unter die wirtschaftliche Herrschaft eines anderen Landes fallen, da dieser dann bald auch die politische Herrschaft folgen würde. Frankreich könne sich der Wiederaufrichtung von Mittel- und Osteuropa nicht entziehen. In London sei beschlossen worden, dieses Werk durch ein französisch-englisches Abkommen auszuführen. Was die Anwesenheit Deutschlands und Rußlands bei einer wirtschaftlichen Konferenz anlangt, so sei diese Frage noch nicht entschieden. Wenn aber Deutschland aus der Wiederaufrichtung Rußlands Nutzen ziehe und dies den Reparationszahlungen zugute kommen, so würde das keine schlechte Operation sein.

den Ländern, in der Gesetzgebungsarbeit des Reiches werden beide Parteien zwangsläufig in die gleiche Front gerückt. Es muß daher auch wenn die Zeit zur Einigung noch nicht reif ist, wenigstens eine Arbeitsgemeinschaft gegründet werden. Lobe erwartet von der Einigung einen Zuwachs von tüchtigen Theoretikern und Politikern und einen gewissen Fond an Vertrauen, das sich die U. G. P. D. zweifellos im Ausland erworben habe und einen gewaltigen Fortschritt zur Wiederherstellung einer einzigen Internationale. Er sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß der Leipziger Parteitag eine Annäherung und spätere Einigung der beiden Parteien wenigstens keine neuen Hindernisse bereiten möge.

Berlin, 30. Dezember. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.“)

Gestern sind in Weimar abermals die sozialdemokratischen Minister aus Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt zusammengekommen. Nach Mitteilungen der „Dresdener Volkszeitung“ soll die Zusammenkunft dazu beitragen, daß die auf der Leipziger Konferenz eingeleiteten Beziehungen zwischen den sozialdemokratischen Ministern der mitteldeutschen Länder sich fester gestalten. Das Blatt erhebt die Forderung, daß diese Zusammenkünfte zu dauernder Arbeitsgemeinschaft in Mitteldeutschland führen soll.

Eine internationale Einheitsfront der Industriellen.

Wien, 30. Dezember. (Sonderbericht des „Sozialdemokrat.“) Der „Abend“ veröffentlicht heute einen Beschluß des Vorstandes des Hauptverbandes der Industriellen, in dem es heißt, daß von den Verbandsangehörigen vom 1. November d. J. ab zwei Prozent der Gesamtsumme aller Löhne und Gehälter monatlich eingehoben und aus diesem Betrag ein Mehrfond der Industriellen gegründet wird. Der Mehrfond soll ein Kampffond sein, der vor allem dazu bestimmt ist, den Ansprüchen zu genügen, die sich aus den Schwierigkeiten beim Abbau der Lebensmittel ergeben. Der Mehrfond dient gleichzeitig der Vorbereitung der nächsten Wahlen im Nationalrat. Der Hauptverband hat auch einen Vertreter nach Paris entsendet, um bei den französischen Industriellen für seine Zwecke Unterstützung zu finden.

Der Umbau der deutschen Werke.

Berlin, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Die Völkervereinigung beschäftigte sich gestern Vormittag unter anderem auch mit der Frage der deutschen Werke. Bis jetzt ist der deutsche Presse kein Kommuniqué, wie es sonst nach den Sitzungen herausgegeben zu werden pflegt, zugegangen. Es wird aber behauptet, daß die Entente nicht auf die Niederlegung der deutschen Werke bestünde, sondern dem Vorschlag des Generals Rolle entsprechend, den Umbau der Werke unter der Voraussetzung gewisser Garantien genehmige.

Keine Zerstörung der „Deutschen Werke“.

Berlin, 30. Dezember (Wolff.) Die Blätter berichten aus Paris, daß die Völkervereinigung in ihrer Entscheidung über die deutschen Werke von deren Zerstörung Abstand nehme. Sie verlange nur einen weiteren Umbau und eine eigens eingerichtete Kontrolle der Fabrikation.

Rathenau in Paris.

Berlin, 29. Dezember. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat.“) Rathenau ist gestern nachmittags nach Paris abgereist. Seine Reise steht zweifellos im Zusammenhang mit den Verhandlungen, die morgen nachmittags in Paris zwischen der Reparationskommission und der Kriegslastenkommission beginnen werden. Rathenau will sich ebenso wie in London nicht in offizieller Eigenschaft in Paris

die Heimkehrverordnung, welche die demobilisierten Angestellten schütz, wurden auf Grund des Beschlusses des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses bis 30. Juni 1922 verlängert.

Die deutschen Konsumgenossenschaften. In Deutschland gibt es gegenwärtig 2417 Genossenschaften mit ungefähr vier Millionen Mitgliedern. Diese Konsumvereine haben 8120 Verkaufsstellen eingerichtet, in welchen 10.088 männliche und 3720 weibliche Personen als Angestellte beschäftigt sind. Die Zahl der in den eigenen Produktionsbetrieben tätigen Personen betrug 5844, darunter 5056 männliche und 788 weibliche Arbeitskräfte. Die Groß-einkaufsgesellschaft des Zentralverbandes des deutschen Konsumvereines hat 1920 einen Umsatz von 1351 Millionen Mark erzielt. In der Bankabteilung wurde im Giroverkehr ein Umsatz von 3471 Millionen erreicht.

Erhöhung der Post- und Eisenbahntarife in Oesterreich. In einer Sitzung der Handelskammer in Wien wurde mitgeteilt, daß die Kammer vom Bundesminister für Verkehrs-wesen verständigt wurde, daß infolge des Defizits der Bundesbahnen in der Höhe von 93 Milliarden Kronen die Eisenbahn- und Post-tarife Anfang Februar erhöht werden. Die Personentarife auf den Bahnen werden um 300 Prozent, die Gütertariife um 150 Prozent erhöht werden. Die Erhöhung der Post-, Telegrafien- und Telephontarife werden sich zwischen 150 und 200 Prozent bewegen.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 2523, 100 Mark 37.65, 100 schweiz. Franken 1337 1/2, 100 Lire 290, 100 franz. Franken 549 1/2, 1 Pfund Sterling 287, 1 Dollar 99, 100 belg. Franken 527 1/2, 100 Peso 1022, 100 Dinar 101 1/2, 100 Lei —, 100 öst. Kronen 1.54, 100 poln. Mark 2.62 1/2, 100 ung. Kronen 11.60 Kr.

Mitteilungen aus dem Publikum. (Für diese Rubrik übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.)

STOCK COGNAC MEDICINAL GARANTIERT REINES ECHTES WEINDESTILLAT

Kunst und Wissen.

Neues deutsches Theater. Richard Wagners „Nibelungen-Trilogie“: Vorabend „Das Rheingold“, 29. Dezember 1921. Besser konnte man die Heilighaltung der Wagner-Tradition an unserem deutschen Theater nicht dokumentieren als durch die gütliche Ausführung der „Nibelungen-Trilogie“ als bekräftigenden Schlussspektakel des alten und als verheißungsvollen Auftakt des neuen Jahres. Aber mit der Hochhaltung der Tradition allein ist's nicht getan. Das bewies die „Rheingold“-Vorstellung am Donnerstag. Musikalisch bedarf manches der gründlichen Auffrischung, szenisch und bühnentechnisch aber fast alles. Denn schon wirkte viele Szenen in der Alogbrauchtheit der verwendeten Bühnennittel lächerlich. Dies gilt von der zweifelhaften „Wurm“-Erscheinung und noch mehr vom Schlußbild der Regenbogenbrücke zur Götterburg, das durch die Transparenthebeleuchtung noch unmöglicher und illusionswidriger erscheint, als dies ohnehin der Fall ist. Das Unschickbarmachen Alberichs erweckte Heiterkeit im Hause, weil nicht genügend Sorgfalt dabei angewendet wurde usw. usw. Den Sängern und Sängern aber, — Herr Jaber als Mime, Herr Fuchs als Alberich und allenfalls noch S. Radosch als Loge ausgenommen, — sei zu bedenken gegeben, daß ihnen der Wagnersche Gesangstil verlorengeht, wenn sie in dieser Weise fortfahren, die Grundzüge des Wagnerschen Sprechgesanges außeracht zu lassen; denn diese beruhen nicht so sehr auf dem Schwelgen im Tone als in der scharfen Artikulation des Wortes. Das übermäßige Auftragen im Ton auf Kosten der Deutlichkeit des Wortes erscheint uns umso überflüssiger, als wir gerade im „Rheingold“ fast durchwegs Sängern und Sänger von außerordentlich großen

und schönen Stimmmitteln hörten: Max Kriener als Wotan, Sterned und Rudwil in den Rollen der beiden Niesen, Frau Berthold als Fricka, Fr. Müller als Freier und die Damen Medler, Jockl und Gerth als Rheintöchter. Kapellmeister Dr. Faloweg dirigierte sehr brav, unsichtig und geistesgegenwärtig, aber ohne das Feuer zündender und auf den Hörer überspringender Begeisterung. —ek.

Silvester- und Neujahrprogramm. Heute halb 7 Uhr „Schwalbenhochzeit“. Nachts 10 Uhr Gastspiel Thaller-Glöckner-Lord-Meißner „Der gebildete Hausknecht“, „Die Hausgehilfin“, „Der auserlesene Typenbeim“. Neujahrsmittag halb drei Uhr das neue Kindermärchen „Wie das schlimme Teufel ein braves Engel wurde“, abends wegen Erkrankung von Max Klein und Max Allgöhr statt „Don Juan“ die Operette „Die Tranzgräfin“.

Ring der Nibelungen. Ueberrnorgen Montag „Siegfried“ mit Georg Schmieter in der Titelrolle. Anfang 6 Uhr. Donnerstag, den 5. „Götterbänuerung“.

Kleine Bühne Dreierstraße. Heute 7 Uhr Eröffnung mit der Premiere von Lothar-Pachwils Lustspiel „Die japanische Witwe“ mit Irma Dierks, Wilhelm Heim, Ernst Neuhardt, Roman Reinhardt in den Hauptrollen. Erste Wiederholung morgen Sonntag. Regie: Leopold Kramer. (Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Eingang nur vom Koblitzplatz 28 ist.)

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Redakteur für ein sozialdemokratisches Tagblatt in der Tschechoslowakei wird gesucht. 518 Vollständige Kenntnis der tschechischen Sprache und der Stenographie erforderlich. Offerte unter „A. B. 100“ an die Verwaltung des „Sozialdemokrat“.

REMA die beste Speise-Schokolade besorgt den Konsum-Vereinen die G. E. C.

OSRAM

Allen Herren empfehlen wir unsere garantiert verlässlichen, hygienischen Gummischutzmittel: stets zur feuchte, keine Ware lagernd. Original „OLLIN“, primissima Qualität, Nr. 108 54 Kz, Marke „NOVITAS“ Ia. Qualität, Nr. 106 42 Kz per Dutzend. Versandspesen 3 Kz extra. Lieferung streng diskret ohne Inhaltsangabe. Reichhaltiger, illustrierter Prospekt Nr. 106 über kosmetische und intime hygienische Artikel gegen 2 Kz in Bar oder Marken

Reisstrohbesen Bürsten u. Pinselfabrik Herrmann & Co. Prag, Soukenická 7. In sämtlichen Konsumvereinen erhältlich. 253

Wir erzeugen wieder feinste Theemargarine „SANA“ und vorzügliche Tafelmargarine „AXA“ den besten, altbewährten Butterersatz der Neuzeit in Friedensqualität. Sana Ges. m. b. H., Prag-Hloubětín Půjčovní 2. 269

Konkurs. Im allgemeinen öffentlichen Bezirkskranken-hause in Teplitz-Schönbau gelangt die Stelle eines Dritten Verwaltungs-Beamten ab 1. Feber 1922 zur Besetzung. Mit dieser Stelle sind die Bezüge der XI. Rangklasse, I. Stufe für die Staatsbeamten, jedoch ohne Aktivitätszulagen, für das erste Jahr verbunden. Bei Besetzung dieser Stelle haben Abiturienten der Mittel- oder diesen gleichgestellten Fachschulen den Vorrang. Andere Bewerber, welche diese Qualifikation nicht besitzen, finden nur dann Berücksichtigung, wenn sie den Nachweis erbringen, daß sie die Krankenhaus-Verwaltungsprüfung mit mindest lobenswerthem Erfolge abgelegt haben. Gesuche, welchen der Tauf- oder Geburtschein, Heimat-schein, Sitten-, Gesundheits- und Schulzeugnis und der Nachweis über bisherige Verwendung, sowie daß der Bewerber die tschechische Sprache beherrscht, beizulegen sind, sind bis längstens 15. Jänner 1922 hieran zu überreichen. Verwaltungskommission des Bezirkes Teplitz, am 21. Dezember 1921. 527 Der Vorsitzende-Stellvertreter: Premser.

National u. Praga KONTROLL-KASSEN von Kč 950.— mit Fabriksgarantie Rekonstruktionen Umbau 312 Reparaturen Vernickelungen Repar. Abonnement zu den billigsten Preisen im Fachgeschäft: Kontroll-Kassen G.m.b.H., Prag I., Rybná ul. 20.

CAFÉ ELEKTRA PRAG-WEINBERGE, beim Museum, neben dem Deutschen Theater. TREFFPUNKT DER GENOSSEN Telephon 4854. 268

EGGER & CO., PRAG-KARLIN, Královská tř. 14. FABRIK PHARMACEUTISCHER ZUCKERWAREN. Eggers Milch- und Kaffekaramellen, Eggers 140er Peppermint 67 in allen Konsumvereinen erhältlich.

BERSON GUMMIABSATZ BILLIGER ALS LEDER